

metall



Nr. 5

Mai 2006
Jahrgang 58
D 4713

Das Monatsmagazin



Tarifabschluss

**Der Kampf
hat sich
gelohnt**



Foto: IG Metall / Remke-Schillhauer

»Die Arbeitgeber haben viele Jahre versucht, Verzichtsmentalität zu predigen. Aber sie haben die Mentalität der Metalldrinnen und Metaller falsch eingeschätzt.«

**Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall**

Das haben wir gemeinsam erreicht

► Es ist geschafft: Wir haben einen Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie hinbekommen, der sich sehen lassen kann. Der Durchbruch ist uns in Düsseldorf gelungen. Drei Prozent mehr Geld in die Struktur, dazu noch eine Einmalzahlung von 310 Euro. Das sind die nackten Zahlen. Schaut man sich den Abschluss jedoch genauer an, stellt man fest, dass uns viel mehr gelungen ist, als die nackten Zahlen auf den ersten Blick erkennen lassen. Uns ist es gelungen, für 3,4 Millionen Beschäftigte in Deutschland einen Anspruch auf Qualifizierung zu formulieren. Das ist ein Meilenstein in der Tarifpolitik. Unsere Mitglieder sind nicht mehr allein der willkürlichen Auswahl der Arbeitgeber ausgesetzt, sondern können selbst Ansprüche stellen, können ihre persönliche Entwicklung im Betrieb in die Hand nehmen. Die IG Metall hat sich mit Sonntagsreden über Weiterbildung nicht begnügt, sie hat Nägel mit Köpfen gemacht. Der Qualifizierungstarifvertrag ist nicht nur tarifpolitisch, sondern auch gesellschaftspolitisch ein Erfolg. Und wir haben den Tarifvertrag Vermögenswirksame Leistungen in einen Rentenbaustein umgewandelt. Angesichts sinkender Renten, ein positiver Beitrag für die Zukunft. Und nicht zuletzt konnten wir in Baden-Württemberg die sogenannte »Steinkühler-Pause« erhalten. Eine Pause, mit hohem Symbolwert. Der Vorstand der IG Metall hatte unmissverständlich deutlich gemacht, ohne »Steinkühler-Pause«, gibt es kein Ergebnis. Sicher: Wir haben die Einmalzahlung flexibel gestellt. In der Vergangenheit hieß »flexibel« immer, dass es im Zweifel nach unten geht. Jetzt haben wir durchgesetzt – und das ist neu – dass es auch nach oben geht. Und wenn sich Betriebsrat und Geschäftsleitung nicht einigen, dann bleibt es eben bei den 310 Euro. Kurzum: Wir haben etwas hingekriegt!

Die Arbeitgeber haben viele Jahre versucht, Verzichtsmentalität zu predigen. Aber sie haben die Mentalität der Metalldrinnen und Metaller falsch eingeschätzt. Fast eine Million Beschäftigte waren in den vergangenen Wochen im Warnstreik. Eine große Zahl, eine tolle Leistung! Dafür Dank an alle. Wir haben niemanden im Unklaren darüber gelassen, dass wir auch in den Streik gehen würden, wenn es in freien Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht zu einem fairen Kompromiss kommt. Wir haben gezeigt, wir lassen uns nicht übers Ohr hauen. Wir wollen an dem, was wir mit erarbeitet haben, fair beteiligt werden. Das haben wir gemeinsam erreicht. Die IG Metall ist eine starke Gemeinschaft.

Jürgen Peters

Betriebsratswahlen

Zur Halbzeit der Betriebsratswahlen ist die IG Metall gut aufgestellt. Bei Volkswagen konnte die IG Metall trotz der Turbulenzen der letzten Zeit mehr Stimmen erringen.

Seite 4



Foto: Erwin Wodicka



Foto: Caro/Jandke

Hartz IV

Nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes sollen Zehntausende Arbeitslose auch noch ihre Wohnung aufgeben. Die Betroffenen wehren sich gegen den Zwangsumzug.

Seite 18

Aus der Redaktion

Das war knapp. Mit dem Beginn der entscheidenden Tarifverhandlung in Düsseldorf in der Woche nach Ostern endete auch der Redaktionschluss für diese metall-Ausgabe. Doch Dank der Kolleginnen und Kollegen in unserer Druckerei, der apm AG in Darmstadt, konnten wir unseren Drucktermin verschieben.

Deshalb gibt es ab Seite 8 die aktuellen Ergebnisse der Tarifrunde 2006 (im Foto: Jürgen Peters, rechts, in Düsseldorf beim Gespräch mit Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser während des Verhandlungsmarathons). Und als Erinnerung für alle Kämpferinnen und Kämpfer: ab Seite 10 die schönsten Bilder der Warnstreiks. ◀



Foto: picture-alliance / dpa / Heyder

Editorial

Jürgen Peters:

Gemeinsam einen Abschluss erreicht 2

Magazin

Betriebsratswahlen: IG Metall gut aufgestellt 4

CNH und Berendsen:

Kampf um Standorte 5

Große Koalition: Hinter verschlossenen Türen 6

Titel

Tarifabschluss 2006

Das Ergebnis kann sich sehen lassen 8

Menschenrechte

Gewerkschaftsrechte 16

Betriebsreport

32-Stunden-Woche bei Rasselstein 17

Hartz IV

Zwangsumzüge 18

Branchenreport

Energieanlagenbau:

Das Blatt wendet sich 20

Porträt

Zu Besuch bei

Peter Gilbhard 23

Ratgeber

Migration:

Integration durch Qualifizierung 24

Mehr Durchblick 26

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Monatsökonom

Jean Ziegler über

den Hunger und die Globalisierung 30

Regionales

Aus den Bezirken 32

Lokales/Karikatur 35

Impressum/Leserbriefe 22

Titelbild: picture-alliance / dpa / Peter Kneffel



Betriebsratswahlen

Gutes Bild für die IG Metall

Halbzeit bei den Betriebsratswahlen. Noch bis Ende Mai kann gewählt werden, aber schon nach den ersten sechs Wochen zeigt sich: Die IG Metall kann ihre Ergebnisse aus dem Jahr 2002 halten und ausbauen. Fast 83 Prozent der frisch gewählten Interessenvertreter gehören der IG Metall an – das sind zehn Prozent mehr als bei den letzten Betriebsratswahlen.

Mit Spannung war das Ergebnis bei VW erwartet worden: Welche Auswirkungen würden die Turbulenzen der letzten Monate auf das Wahlverhalten der Belegschaft haben? Skeptiker rieben sich die Augen. Die IG Metall konnte ein besseres Ergebnis einfahren als bei den Wahlen 2002. Von den 248 Betriebsratssitzen gingen 227 an die IG Metall-Kandidaten – das sind 88,9 Prozent und ein Zuwachs von einem halben Prozentpunkt. Jürgen Peters wertet das VW-Ergebnis als Erfolg für die Mitbestimmung insgesamt: »Das Modell Mitbestimmung ist nicht in Misskredit gera-



Foto: picture-alliance / dpa / Jensen

Werkshalle bei VW: Hohe Beteiligung und besseres Ergebnis

ten.« Vielmehr sei es ungebrochen attraktiv, wie sich an der Wahlbeteiligung ablesen lasse. Sie ist – anders als bei den jüngsten

Landtags- und Kommunalwahlen – gestiegen. Bei VW kletterte sie von 78 auf 80,6 Prozent.

Auch in den anderen Auto-Konzernen wurde schon gewählt, und fast überall konnte die IG Metall ihre Position ausbauen. Bei Audi in Ingolstadt fallen 42 von 51 Sitzen an die IG Metall, in Neckarsulm 35 von 39. Ein Plus auch bei BMW. Beim bayerischen Autobauer mussten die »christlichen Gewerkschaften« (CGM) an zwei Standorten Federn lassen. Sie hatten auch in anderen Betrieben Verluste, ebenso wie die arbeitgebernahe »Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsräte« (AUB). Sie verlor zum Beispiel bei Linde Engineering in Pullach ein Mandat, die IG Metall bekam 12 von 17 Betriebsratssitzen.

»Die Beschäftigten wissen, dass sie in der aktuellen wirtschaftlichen Lage einen starken Betriebsrat und eine starke IG Metall brauchen,« sagte Berthold Huber. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall freut sich über den Trend der Be-

triebsratswahlen, der für die Metaller eindeutig nach oben zeigt. »Das macht Mut für die jetzt noch anstehenden Wahlen.«



PFLAUME DES MONATS

Edmund Stoiber

Deutsch-Experte Edmund Stoiber, hat sich mit einem echten Geistesblitz in die aufgeheizte Integrationsdebatte eingemischt. **Wer Edis schöne Sprache nicht freiwillig lernt und sich vorm Sprachtest drückt, fliegt.** Wenn es um die deutsche Sprache geht, kennt Ede eben keine Gnade. Knallhart soll geprüft werden, wer eine bayerische Schule besuchen will. Vor dem Schulstart müssen sich Neu-Bayern nun auf knifflige Aufgaben wie diese einstellen: Ergänze die fehlenden »ähs« in folgendem

Satz: »Unser ... Bayern ... ist ... ein ... schönes ... Land.« Wer schon an solchen einfachen Aufgaben scheitert, wird seinen Ministerpräsidenten schließlich kaum verstehen, wenn er ihm eines Tages eventuell erklärt: **»Was also, wo äh im Inland als Ausländer, also äh so zusagen als inländischer Ausländer, wer da also nicht versteht, dass äh mit der Sprache, und wir von der CDU äh CSU kennen das Problem, der wird äh auch an sich mit der Sprache das nicht ... nicht verstehen.«** Alles klar? ◀

Mitbestimmung

30 Jahre »best practice«

4. Mai 1976: Das Mitbestimmungsgesetz wird verabschiedet. Seitdem sind in den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in gleicher Zahl repräsentiert (ein Arbeitnehmer muss allerdings ein leitender Angestellter sein). Die Mitbestimmung gibt den Arbeitnehmern die Möglichkeit, Entscheidungen des Unternehmens mit zu gestalten.

Die IG Metall feiert mit einem Kongress über die Perspektiven der Unternehmensmitbestimmung im internationalen Rahmen. Termin: 30. August. ◀

CNH und Berendsen: Kampf um Standorte

Stadt und Region in Aufruhr

AEG Nürnberg ist kein Einzelfall. In Berlin und Sachsen kämpfen zwei Belegschaften seit Wochen um ihre Standorte. Seit Februar streiken 400 Metallerrinnen und Metaller bei der Fiat-Tochter CNH Baumaschinen in Berlin für einen Sozialtarifvertrag. Rund 120 Beschäftigte der Großwäscherei Berendsen in Plauen zeigen den britischen Eignern mit Warnstreiks die Zähne.

Schwere Vorwürfe erhebt Olivier Höbel, IG Metall-Bezirksleiter für Berlin, Brandenburg und Sachsen, gegen die Manager von CNH. »Die Herren Retus und Paiola haben sich in bisherigen Gesprächen als absolut verhandlungsunfähig erwiesen. Erst haben sie Fördermittel in Millionenhöhe abkassiert, dann den Markennamen Orenstein & Koppel ruiniert, und jetzt wollen sie sich aus der sozialen Verantwortung stehlen«, kritisierte Höbel. Die

Stadt Berlin fordert 70 Millionen Euro Fördergelder zurück. Die Proteste richten sich seit kurzem auch gegen die Konzernmutter Fiat. Bei Aktionen der Streikenden vor einer Fiat-Filiale in Berlin und auf einer Automesse in Leipzig musste sich der italienische Eigner »Jobkiller« nennen lassen, ebenso vor dem Reichstag in Berlin, wo ein Riesentransparent entrollt wurde.

Wegen der drohenden Schließung der Berendsen-Wäscherei in Plauen ist auch das Vogtland in Aufruhr. Fast jeder kennt hier

das Logo »Rettet die Waschbären«, das auf Autos und Hauswänden klebt. Die gut organisierte Belegschaft machte ihrem Unmut über den Verhandlungsstil ihrer Chefs mit zwei Warnstreiks Luft und denkt nicht daran nachzugeben. »Solange die Geschäftsleitung nicht bereit ist, vernünftige und sozial ausgewogene Lösungen zum Erhalt der Arbeitsplätze zu erörtern, habt Ihr weiter unsere volle Unterstützung«, sagte Wolfgang Rohde, Vorstandsmitglied der IG Metall. ◀



Protest vor dem Reichstag: »Nicht aus der Verantwortung stehlen«

Gewerkschaften in Weißrussland

Proteste gegen das Lukaschenko-Regime

25 Gewerkschafter in Weißrussland mussten für ihren Protest gegen das Regime des Präsidenten Alexander Lukaschenko hinter Gitter. Sie gehören der Radio- und Elektronikergewerkschaft REPAM an, die noch nicht vom Lukaschenko-Regime gleichgeschaltet ist. Zu dieser massivsten Unterdrückungsaktion von Gewerkschaftern seit Jahren kam es im Zuge der Präsidentenwahlen am 19. März, bei denen Amtsinhaber Lukaschenko über 80 Prozent der Stimmen für sich reklamierte. »Ich bin absolut überzeugt, die Wahlen waren eine einzige Fälschung«, sagt die REPAM-Mitarbeiterin Tatjana Wanina, die beim Urnengang als Wahlbeob-

achterin eingesetzt war. »Aus Protest gegen den Wahlbetrug sind wir auf die Straße gegangen.« Zusammen mit mehreren tausend Menschen harter Wanina auf dem Oktoberplatz in der Hauptstadt Minsk mehrere Tage und Nächte aus. Am 24. März schlug die Staatsmacht zu, fegte die Demonstranten vom Platz und verhaftete mehrere hundert Menschen, darunter REPAM-Mitglieder. In Schnellverfahren wurden sie verurteilt und mussten bis zu 15 Tage ins Gefängnis.

Nach Auskunft von Alexander Jewdokinzew von der Gewerkschaftsleitung müssen die Betroffenen auch nach ihrer Freilassung mit der Verfolgung rechnen. Das

REPAM-Büro steht unter Beobachtung und wurde bereits durchsucht, vorgeblich um nach Sprengsätzen zu suchen.

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund IMB befürchtet, dass sich die Arbeit für Gewerkschaften in Weißrussland durch die Wahl entscheidend verschlechtert hat. Nichtsdestotrotz will sich REPAM einer landesweiten Oppositionsbewegung gegen Lukaschenko anschließen. Der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters verurteilte in einem Solidaritätsschreiben die Repressionen gegen unabhängige Gewerkschaften und die anhaltenden Verstöße gegen ILO-Normen in Weißrussland. ◀

Außenansicht

Atomstrom

Gespensterdebatte

Die Diskussion um einen Wiedereinstieg in die Kernenergie ist eine Gespensterdebatte. Keines der zentralen Probleme ist heute mehr gelöst als zum Zeitpunkt des Ausstiegsbeschlusses. Dennoch brechen die Stromkonzerne und einige politische Unterstützer absichtlich eine Debatte vom Zaun, offensichtlich um davon abzulenken, dass sie auf die wahren Fragen der Energieversorgung keine Antworten mehr haben.

Nur Erneuerbare Energien können eine dauerhafte und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen. Ihr Beitrag zur Stromversorgung schließt die Lücke der abzuschaltenden Kernkraftwerke. Heute decken Erneuerbare elf Prozent des Stromverbrauchs und 6,4 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs (Strom, Wärme und Kraftstoffe). Zum Vergleich: Die Kernenergie als reine Stromquelle liefert gerade mal 5,7 Prozent des Gesamtverbrauchs. Bis 2012 werden die Erneuerbaren bereits ein Zehntel des Gesamtenergiebedarfs decken.

Hierfür wird die Branche der Erneuerbaren Energien bis 2012 70 Milliarden Euro in Deutschland investieren und auch dabei die konventionelle Energiewirtschaft überholen. Heute arbeiten bei Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme und Bioenergie schon 170 000 Menschen, 2012 werden es voraussichtlich 300 000 sein. ◀



Milan Nitzschke, Geschäftsführer Bundesverband Erneuerbarer Energien (BEE)

Köpfe

Bruno Labbadia, Fußballtrainer des Regionalligisten Darmstadt 98 und früherer Nationalspieler, hat Beschäftigte in den Betrieben zur Teilnahme an den Betriebsratswahlen aufgefordert.

»Nutzen Sie Ihr demokratisches Recht und wählen Sie mit Ihrer Stimme Ihre Interessenvertretung«, so Labbadia. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bräuchten eine

starke Interessenvertretung. Sie stehe für »eigenverantwortliches Handeln und Engagement.« ◀

Diodoro Cocca, italienischer IG Metalller aus Kassel, hat es nicht geschafft. Bei der Wahl zum italienischen Parlament (siehe **metall** 4/2006), an der zum ersten Mal auch die weltweit zehn Millionen italienischen Migranten teilnehmen konnten, kandidierte er auf der linken Liste von Romano Prodi. »Ich bin zwar nicht gewählt, aber wir im Ausland wohnenden Italiener haben verhindert, dass Berlusconi gewählt wurde«, sagt er. Dass die Wahlbeteiligung in Deutschland bei hohen 36 Prozent lag, liegt auch an **metall**: »Ich habe sehr viele Anrufe von Landsleuten erhalten, die meine Geschichte gelesen haben und die mir sagten, jetzt gehe ich wählen.« ◀

Frans Papma, von der Fair Wear Foundation (FWF) in Holland, stellte bei der IG Metall in Frankfurt gemeinsam mit der »Kampagne für saubere Kleidung« (CCC) die Zusammenarbeit mit dem Bad Homburger Unternehmen »Hess natur« vor. Die IG Metall unterstützt die Organisationen, die sich für gerechte Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsproduktion einsetzen. ◀

Große Koalition auf der Suche nach der richtigen Politik

Hinter verschlossenen Türen

Nach der Landtagswahl war die Stimmung gut. SPD und CDU fühlten sich in ihrer Politik bestätigt. Endlich könnten – meldete sich Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber zur Stelle – die großen Themen wie Gesundheit, Förderalismus und Unternehmenssteuerrecht angedrückt werden.

Doch während Stoiber schon die Ärmel hochgekrempt hatte und die Spitzhacke ansetzen wollte, blieb es in der Koalition auffallend ruhig. Lauter Baustellenlärm ist auch vier Wochen nach den Landtagswahlen aus Berlin nicht zu hören.

Ernst wird es in der Politik nur hinter verschlossenen Türen. In der Hauptstadt regieren die Arbeitskreise. Keine harschen Diskussionen in der Öffentlichkeit. Dabei sitzen SPD und CDU auf einem ganzen Berg brisanter Aufgaben.

Das Gesundheitssystem soll umgebaut, der Arbeitsmarkt neu geregelt und die Familienpolitik überarbeitet werden. Auch an das Unternehmenssteuerrecht, die Förderalismusreform und die Energiepolitik will die Koalition ran. Anfang April ging es dann auch gleich los mit dem Energiegipfel in Berlin. Das Er-

gebnis: gute Laune und das Versprechen, weiter zu arbeiten.

Die friedliche Stimmung täuscht. Das zeigt sich immer, wenn Pläne durch die verschlossenen Türen der Hinterzimmer ans Licht der Öffentlichkeit dringen. So plauderte Unionsfraktionschef Volker Kauder kurz vor Ostern mit dem »Stern« über einen radikalen Umbau des Gesundheitssys-

aus, könne sie die fehlende Summe bei den Versicherten in Form einer Pauschale wieder hereinholen.

Die soziale Schieflage des Modells kritisierten nicht nur Gewerkschaften. Auch die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen nannten die Therapie fragwürdig. Nach Ansicht des DGB würde die Regierung damit die Kopfpauschale durch die

Hintertür einführen und die solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems aushöhlen.

Auch an der Arbeitsmarktpolitik wird noch gebastelt. Beim Kündigungsschutz könnte auf deutsche Arbeitnehmer das zu kommen, was die Nachbarn in Frankreich gerade erfolgreich abgewehrt haben. Im Koalitionsvertrag hatten sich die beiden Parteien auf eine zweijährige Probezeit verständigt. Doch das Konzept ist strittig. In allen Lagern gibt es inzwischen Befürworter und Gegner dieser Regelung. Für die Regierung steht zurzeit aber eins schon fest: Bis

zur Sommerpause will die Große Koalition ihre Hausaufgaben erledigt haben.

Es bleibt also noch etwas Zeit, die eine oder andere Sau durchs Dorf zu treiben. ◀



Arbeitsminister Müntefering und Kanzlerin Merkel: Gute Stimmung

Berliner Politik: Bis zur Sommerpause will die Große Koalition ihre Hausaufgaben erledigt haben.

tems. Laut Kauder plane die Regierung einen Fonds, in den alle Beiträge und Steuermittel fließen. Daraus erhalte dann jede Kasse eine Kopfprämie pro Versicherten. Gibt eine Kasse mehr

Interview

VERSPRECHUNGEN REICHEN NICHT

metall sprach mit Regina Görner, im Vorstand der IG Metall zuständig für Jugend, Bildungs- und Qualifizierungspolitik

Jetzt ist es amtlich: Der Ausbildungspakt, den die rot-grüne Regierung und die Wirtschaftsverbände vor zwei Jahren geschlossen hatten, ist gescheitert. Das Statistische Bundesamt stellt fest, dass die Unternehmen das vereinbarte Ziel, mehr Auszubildende einzustellen, verfehlt haben. Schlimmer noch: 2,2 Prozent weniger junge Leute als im Vorjahr fanden einen Ausbildungsplatz.

metall: Warum hat der Pakt nichts gebracht?

Görner: Es wurden schlicht und ergreifend die falschen Mittel angewandt – Appelle reichen nicht aus. Der Pakt hat der Öffentlichkeit nur Sand in die Augen gestreut. Aber Wirtschaftsverbände und Regierung haben sich gescheut, die Wahrheit auszusprechen: Das Ausbildungsverhalten in den Betrieben hat sich verändert. Sie bilden nur noch aus, so weit es ihrem eigenen, kurzfristigen Bedarf entspricht. Wenn nicht darüber hinaus ausgebildet wird, trifft das kurzfristig die Jugendlichen, die ihrer Chancen beraubt werden, und langfristig die gesamte Wirtschaft, die nicht genügend gut ausgebildete Fachkräfte bekommt. Es reicht nicht, sich auf Versprechungen zu verlassen, die nicht sanktioniert werden können.

metall: Die Gewerkschaften haben immer eine Umlagefinanzierung gefordert, um alle Unternehmen in die Verantwortung für die Ausbildung einzubinden. Politisch sind wir von

dieser Forderung weit entfernt. Sind andere Lösungen denkbar?

Görner: Langfristig werden wir an einem Modell wie der Umlage nicht vorbeikommen. Es gibt ein riesiges Gerechtigkeitsproblem zwischen den Betrieben, die sich an der Ausbildung beteiligen, und denen, die sich raus halten. Diese Lücke muss geschlossen werden. Sonst können wir uns von der dualen Ausbildung, so wie wir sie kennen, verabschieden – und damit einem der wichtigsten Standortvorteile, den Deutschland hat.

metall: Sind Umlage-Lösungen für einzelne Branchen denkbar?

Görner: Sicher. Sie haben ihre Tauglichkeit ja längst bewiesen, etwa in der an Krisen wirklich nicht armen Bau-Branche. Da gibt es seit 30 Jahren ein Umlagesystem – mit dem Ergebnis, dass sie seit Jahren



Regina Görner: Gezielte Betreuung für Jugendliche mit Lernproblemen

die höchsten Ausbildungsquoten vorweisen kann. Damit ist widerlegt, dass Betriebe sich gänzlich aus der Ausbildung zurückziehen, wenn sie eine Umlage zahlen müssen. Tarifvertragliche Lösungen können ein gut funktionierender Übergang sein bis zu einer Regelung im Gesetz, an der wir langfristig nicht vorbei kommen werden.

metall: Was ist von der Behauptung der Arbeitgeber zu halten, ein großer Teil der Jugendlichen sei nicht »ausbildungsreif«?

Görner: Das Argument »Die können ja nicht mal lesen und schrei-

ben« geht an der Sache vorbei. Es stimmt: Viele Auszubildende sind durch die Schule schlechter vorklassifiziert als noch vor einigen Jahren. Jugendliche, die früher an- und ungelernete Tätigkeiten ausgeübt hätten, müssen heute zu Facharbeitern qualifiziert werden. Das ist aber keine unlösbare Aufgabe. Gerade die Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ist hervorragend geeignet, um Defizite auszugleichen. Mit der richtigen pädagogischen Betreuung können auch junge Menschen, die Lernprobleme haben, erfolgreich eine Ausbildung abschließen. Für diese Unterstützung – etwa in speziellen Projekten – müssen die Arbeitgeber ihren Teil leisten, aber auch die öffentliche Hand ist gefordert. Was gar nichts nützt, ist eine Verkürzung der Ausbildung. Die immer komplexer werdenden Aufgaben können mit kürzeren Ausbildungszeiten nicht bewältigt werden.

metall: In der laufenden Tarifrunde fordern die Arbeitgeber, die Azubi-Vergütungen zu senken ...

Görner: Wir wissen, dass längere Arbeitszeiten für Erwachsene keine neuen Arbeitsplätze gebracht haben. Warum sollten gekappte Azubi-Vergütungen zu neuen Ausbildungsplätzen führen? Das Grundproblem – dass einige Betriebe ausbilden und andere nicht – wird damit überhaupt nicht gelöst. Also: Hände weg von den Vergütungen. ◀

Kleine Betriebe bilden am meisten aus

Ausbildungsquoten – Anteil der Auszubildenden an Beschäftigten – nach Größe der Firmen (gemeint sind einzelne Betriebe und Betriebsteile, nicht Konzerne)



Quelle: DGB, © metall-grafik / Foto: Jürgen Effner

■ Betriebe ■ Betriebe gesamt

Die Hauptlast der Ausbildung tragen die kleineren Unternehmen. Sie sollten deshalb mehr finanzielle Unterstützung bekommen, fordert der DGB in einer Ausbildungsinitiative. Diese Hilfen seien sinnvoller als Jahr für Jahr Ersatz zu finden für Betriebe, die sich aus der Ausbildung verabschieden. ◀



Nur mit Druck

Proteste, soweit das Land reicht: Fast eine Million Metallerinnen und Metaller beteiligten sich an den Warnstreiks.

50 mal parliert, 50 mal ist nichts passiert. Fast zwei-einhalb Monate hatten sich die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie mit IG Metall-Delegationen an einen Tisch gesetzt, ohne ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Wenn sie erwartet hatten, in dieser Tarifrunde mit einer Billignummer davon zu kommen, mussten ihnen spätestens die Warnstreiks alle Illusionen rauben: Die IG Metall zeigte Stärke. Rund eine Million Menschen waren im Ausstand.

Gemeinsamkeit ist unsere Stärke« hatten IG Metall-Vertrauensleute auf ein Transparent geschrieben. Viele Beschäftigte in der Metallindustrie sahen das genauso: Trotz Osterferien machten in allen Tarifgebieten zigtausende Metallerinnen und Metaller in den vergangenen Wochen bei den Warnstreiks mit. Auszubildende waren genauso engagiert wie »alte Hasen«. Leiharbeiter solidarisierten sich mit den Stammebelegschaften und gingen mit ihnen zusammen vors Werkstor.

»Lohn light – nein danke.« Das war ihre Antwort auf das mickrige Angebot, dass die Arbeitgeber nach mehr als 30 Verhandlungsrunden endlich auf den Tisch legten. In einer Zeit, in der die Unternehmer in der Metallindustrie, große wie kleine, über steigende Gewinne und prallvolle Auftragsbücher jubeln (allerdings vor allem dank Bestellungen aus dem Ausland), boten sie für zwölf Monate gerade mal 1,2 Prozent mehr Geld. Würde die IG Metall einem solchen »Angebot« zustimmen, liefe das bei der erwarteten Preissteigerungsrate von zwei Prozent für die Beschäftigten auf ein Minusgeschäft hin-

aus. Für die Woche nach Ostern hatten die Arbeitgeber angekündigt, nachzubessern, kamen aber wieder mit leeren Händen. Für die IG Metall-Verhandler war damit klar, dass die Arbeitgeber nicht ernsthaft zu einem Ergebnis kommen wollten. Für die Beschäftigten geht es um viel: Um ihren gerechten Anteil an dem gesellschaftlichen Wohlstand, den sie mit erarbeitet haben. Um sichere Arbeitsplätze durch mehr Kaufkraft, Qualifizierung der Beschäftigten und durch zukunftsträchtige Innovationen in den Firmen.

Kampferprobte Mannschaft

Die regionalen Tarifkommissionen erklärten in der Woche nach Ostern die bisherigen Tarifverhandlungen für gescheitert. Der IG Metall-Vorstand stimmte ihrem Antrag auf Urabstimmung zu. Bei Redaktionsschluss von **metall** standen alle Zeichen auf Streik. Nach der hervorragenden Mannschaftsleistung in der Vorrunde müssen sich die Arbeitgeber darauf einstellen, dass sie es in der Endrunde erst recht mit einem starken Gegner zu tun haben. ◀

Sylvia Koppelberg, Susanne Rohmund



Foto: Graffiti / Storz

▲ SINDELFINGEN

Die geballte Faust als Zeichen der Wut: Kurz nach Ablauf der Friedenspflicht beginnen die ersten Warnstreiks in Baden-Württemberg.

Hier bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen schauten viele Kolleginnen und Kollegen vom Parkhaus aus auf die Streikundgebung. Für die Beschäftigten steht fest: Die Erholungspausen müssen bleiben.



Foto: Werner Bachmeier

ROSENHEIM ▲

Zusammen mit einer Delegation von Krones demonstrierten die Kathrein-Werk 3-Beschäftigten für mehr Lohn.

SAARLOUIS ▶

Ende der Friedenspflicht: Pünktlich um 00.01 Uhr beginnen am 29. März die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie mit ihren Warnstreiks – wie hier auf dem Bild der Erste Vorsitzende Jürgen Peters mit Beschäftigten des Ford-Werks beim mitternächtlichen Fackellauf.



Foto: attentione / Geisheimer

STUTTGART



Die Kolleginnen und Kollegen bei Porsche in Stuttgart Zuffenhausen sind zu Recht stinksauer. Die Arbeitgeber wollen die Erholzeiten abschaffen.

Dabei nimmt der Leistungsdruck immer weiter zu. Eine Umfrage im Bezirk Baden-Württemberg ergab: 87 Prozent der Befragten stellen fest, dass sich das Arbeitstempo erhöht und die Leistungsanforderungen verdichtet haben. Mit dem Leistungsdruck nehmen auch gesundheitliche Problemen zu: Zwei Drittel der Befragten bejahten die Fragen nach einer Zunahme der Beschwerden durch Stress und psychische Belastungen am Arbeitsplatz.

Doch den Arbeitgebern ist das egal: Sie fordern immer mehr Verzicht von den Beschäftigten – ob Arbeitszeitverlängerung oder Lohnsenkung. »Die Arbeitgeber überziehen«, sagt der Erste Vorsitzende Jürgen Peters.



Foto: Manfred Vollmer

BOCHOLT



Metallerinnen bei Flander: Die Solidarität und Stimmung bei den Warnstreiks war super.



Foto: Graffiti / Röttgers



Foto: FM

▲ GUSTAVSBURG

Die IG Metall macht mobil und die Kollegen lassen die Arbeit liegen. Die Warnstreiks zeigten vor allem eins: Die Beschäftigten – wie hier bei MAN Nutzfahrzeuge – sind es leid, den Gürtel immer nur enger zu schnallen.

Foto: argum / Einberger



◀ MÜNCHEN

Von Süden bis Norden: Überall wurden Metal-lerinnen und Metaller aktiv, um für ihr Recht auf einen angemessenen Anteil an den Firmen-gewinnen zu demonstrieren. Auf dem Bild: Eine Kollegin aus München, wo unter anderem am 19. April die Beschäftigten von BMW, Knorr Bremse, BLW und Hurth protestierten.

EMDEN ▶
Die NSWE-
Beschäftigten
machten ihrem
Unmut Luft.



Foto: FM

BERLIN

Von Drohungen und Angstszenerien der Arbeitgeber lassen sich Metallerrinnen und Metaller nicht einschüchtern. In Berlin legten unter anderem die Beschäftigten der Hach Lange, ADC Krone, Assa Abloy Sicherheitsdienste sowie Visteon Deutschland die Arbeit nieder und sorgten vor dem Werkseingang der Firma Assa Abloy für lautstarke Proteste.



Foto: transit-Berlin / v. Polentz



Foto: picture-alliance / dpa / Pery

FINKENWERDER

Am 19. April, dem Aktionstag des IG Metall Bezirks Küste, folgten einen Tag vor der vierten Verhandlungsrunde über 25 000 Kolleginnen und Kollegen aus 131 Betrieben mit Arbeitsniederlegungen und Protestaktionen dem Aufruf der IG Metall.

Allein in Hamburg-Finkenwerder versammelten sich 2500 Beschäftigte der Airbus-Werke. Sie demonstrierten gemeinsam mit 1500 Streikenden von Verdi gegen die Angriffe und Unverschämtheiten der Arbeitgeber. Wie in Finkenwerder marschierten IG Metall und Verdi bei vielen Veranstaltungen Seite an Seite.

INGOLSTADT

15 000 Beschäftigte von Audi und Betrieben aus dem Großraum Ingolstadt demonstrierten am 20. April vor dem Audi-Forum. Auf dem Bild: der Zweite Vorsitzende Berthold Huber mit Auszubildenden. Das Motto der jungen Wilden: »Fight for your Right«, »Kämpft für eurer Recht«. Huber: »Es geht darum, ob wir künftig in einem Land leben, in dem nur noch Aktienbesitzer und Unternehmensvorstände profitieren.«

Foto: Werner Bachmeier



LIPPSTADT



Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt: Warnstreik Anfang April in Lippstadt mit rund 2000 Metallern und Metallern.

Foto: Manfred Vollmer



Foto: picture-alliance / dpa / May

RÜSSELSHEIM

Immer am Mann und an der Frau: Trommeln, Tröten, Papphände, Pfeifen, Plakate, Fahnen und die geballte Faust. Das Motto: laut, frech, gemeinsam und solidarisch.



Foto: picture-alliance / dpa / Endig

LEIPZIG

Der erste Warnstreik: Mehr als 1000 BMW-Beschäftigte im Leipziger Werk legten am 28. März ihre Arbeit nieder.





Foto: FM



Fotopicture-alliance / dpa / Tschauer



Fotopicture-alliance / dpa / Gambroini

AKTIONEN

Der Kreativität der Metallerinnen und Metaller waren bei den Warnstreiks wieder mal keine Grenzen gesetzt: In Düsseldorf empfangen die Beschäftigten die Arbeitgeber bei einer Tarifverhandlung mit einer überdimensionalen Torte. In Braunschweig bei Siemens gab es eine Ostereieraktion.

Bei SKS Sealing Solutions in Leverkusen wurden Amerikaner mit der Fünf-Prozent-Forderung gebacken. Und beim Azubi-Warnstreik in Aschaffenburg wurde auf heißen Maschinen vorgefahren.

Wind und Wetter, Krach, Kälte, Regen oder Schnee, Sonne oder Nebel: Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ließen sich von den äußeren Umständen nicht beeindrucken.

Und noch ein Erfolg: Viele Beschäftigte gingen in dieser Tarifrunde das erste Mal auf die Straße. Beispielsweise die Kolleginnen und Kollegen bei Wolf Garten in St. Wendel.



Foto: Neumann / Schmidt



Foto: FM



Foto: FM

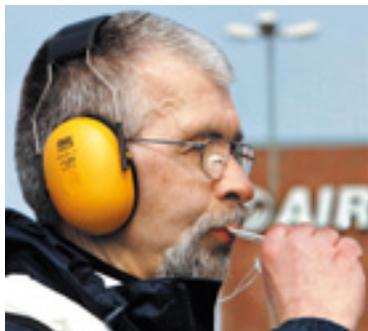


Foto: picture-alliance / dpa / Perry



Foto: FM



Foto: FM

Foto: picture-alliance / dpa / Büttner

WISMAR

Auch dieser Warnstreik zeigte wieder einmal: Die Tarifmacher, das sind die Kolleginnen und Kollegen – im Bild Schiffbauer der Aker Werft in Wismar, die mit ihren Aktionen massiven Druck auf die Arbeitgeber ausüben.





DIE MENSCHENRECHTE



Artikel 23 (4)

»Jeder hat das Recht zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.«

Wer für Arbeitnehmerrechte kämpft, riskiert in manchen Ländern seinen Arbeitsplatz, seine Freiheit und manchmal auch sein Leben.

In El Salvador verloren Näherinnen ihre Arbeit und stehen seit elf Monaten ohne einen Cent auf der Straße, im Iran sitzen Teheraner Busfahrer im Gefängnis und in Weißrussland wurden 25 Elektrofacharbeiter verhaftet. Ihr Vergehen: Sie haben Gewerkschaften gegründet und sich gegen miserable Arbeitsbedingungen gewehrt.

Wer für Arbeitnehmerrechte kämpft, riskiert in manchen Ländern seinen Arbeitsplatz, seine Freiheit und manchmal auch sein Leben. Bei Klaus Priegnitz landen jeden Tag Hilferufe von Gewerkschaftern aus aller Welt auf dem Schreibtisch. Zurzeit bekommt der Mitarbeiter der Abteilung Internationales/Europa beim Vorstand der IG Metall vor allem Briefe aus dem Iran und der Türkei.

Die Liste ist lang

Die Liste der Unternehmen, denen vorgeworfen wird, Gewerkschaftsarbeit zu behindern, ist lang. Auch deutsche Firmen sind darunter. »Das läuft immer nach dem selben Muster«, sagt Priegnitz. »In der Türkei müssen 51 Prozent der Beschäftigten einer Gewerkschaft angehören, damit sie ihre Rechte vertreten können. Liegt der Anteil darüber, schmeißen

die Firmen Gewerkschaftsmitglieder raus, und schon gibt es keine Vertretung mehr.«

Tödliches Risiko

Und nicht überall, wo Gewerkschaft drauf steht, ist auch Arbeitnehmervertretung drin. In vielen Betrieben tummeln sich so genannte »gelbe« Gewerkschaften. Sie dienen eher den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern, erklärt Priegnitz. Bei dem Bekleidungshersteller Steilmann gab es in Rumänien gleich zwei »gelbe« Gewerkschaften im Betrieb. Ein Tarifvertrag konnte dort nicht abgeschlossen werden, weil sich beide immer wieder gegenseitig unterboten. Besonders gefährlich leben Ge-

werkschafter in Kolumbien. In dem südamerikanischen Land kann schon die Teilnahme an Tarifverhandlungen tödlich enden. In den letzten 18 Jahren wurden dort über 5000 Gewerkschafter von Paramilitärs und Armee-Angehörigen ermordet.

Die IG Metall unterstützt Gewerkschafter in aller Welt. Landet ein Hilferuf auf Priegnitz' Schreibtisch, organisiert er Solidaritäts-Adressen oder gibt Spendenaufrufe weiter. Seine Bilanz nach 16 Jahren internationaler Gewerkschaftsarbeit fällt nüchtern aus: »Ich kann keinen echten Fortschritt sehen.«

Fabienne Melzer

Für weltweit bessere Arbeitsbedingungen

Gemeinsam mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen kämpft die IG Metall für die weltweite Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ziel der Gewerkschaft ist, dass alle Länder die Kernarbeitsnormen anerkennen. Sie garantieren Arbeitnehmern unter anderem das Recht, sich zu organisieren und Kollektivverhandlungen zu führen. Neben moralischer und finanzieller Unterstützung bietet die IG Metall Gewerkschaftern auch Hilfe vor Ort. Sie veranstaltet Seminare und unterstützt sie bei Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern.

► Die Serie »Menschenrechte« will dazu beitragen, dass die Menschenrechte nicht in Vergessenheit geraten. ◀

Rasselstein, Andernach

Kürzere Schichten schaffen neue Jobs

Gut 1500 Beschäftigte in der Produktion beim Weißblechhersteller Rasselstein in Andernach haben durch Verzicht auf Arbeitszeit nicht nur Arbeitsplätze gesichert, sondern darüber hinaus sogar neue Stellen geschaffen. Betriebsrat, Geschäftsleitung und IG Metall entwickelten zudem in Kooperation ein neues arbeitnehmerfreundlicheres Schichtsystem.



Betriebsratsvorsitzender Wilfried Stenz (zweiter von rechts) bei der Besprechung von Schichtplänen: »Die Leute haben mehr freie Zeit«

Stolz zeigt Wilfried Stenz auf die Fabrikhallen der Rasselstein GmbH. »Dass hier immer noch über 1500 Beschäftigte arbeiten, ist nicht selbstverständlich«, freut sich der Betriebsratsvorsitzende. Denn Mitte der 90er-Jahre sah es schlecht aus für die Arbeiter in Andernach bei Koblenz. Zum einen waren aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen Arbeitsplätze in Gefahr. Zum anderen stand die Übernahme der Auszubildenden in Frage. Der Grund für die Krise: leere Auftragsbücher und die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage.

Den Stellenabbau wollten Betriebsrat und IG Metall nicht hinnehmen. Zunächst erklärte sich die Belegschaft bereit, zugunsten der gefährdeten Kollegen auf Arbeitszeit zu verzichten. Das ermöglichte dem Betriebsrat ein neues, verbessertes Schichtsystem zu

entwickeln. Das sogenannte »2er«-System im Vorwärtswechsel sollte das alte Modell mit längeren Schichtblöcken ablösen. Im neuen Modell folgen auf zwei Früh- und Nachtschichten je zwei Spät- und Nachtschichten mit anschließenden vier Freischichten.

Die bisherige Arbeitszeit von 35 Stunden musste für die Einführung des neuen »2er«-Systems reduziert werden. Dafür war seitens des Betriebsrats längere Überzeugungsarbeit nötig. »Das war ein langwieriger Prozess, denn vor allem ältere Kollegen standen dem Ganzen skeptisch gegen-

über«, erinnert sich Stenz. Nach einer sechsmonatigen Probezeit sollten die Beschäftigten über die endgültige Einführung entscheiden. Die Skepsis wich schon nach wenigen Wochen. Denn das System bietet viele Vorteile wie beispielsweise mehr freie Zeit. Mit Unterstützung der Belegschaft wurde das Modell in einer Betriebsvereinbarung zwischen Ge-

»Dank des neuen Modells konnten alle Azubis übernommen werden.«

schäftsleitung, Betriebsrat und mit Zustimmung der IG Metall für das Geschäftsjahr 1996/97 installiert.

Kaum Abstriche beim Lohn

Seitdem können die Beschäftigten ihre Arbeitszeit bis auf 32 Stunden reduzieren. Oder sie arbeiten weiterhin bis zu 35 Stunden mit entsprechenden Ausgleichsschichten, alles auf freiwilliger Basis. Heute arbeiten über 96 Prozent in der Produktion mit verkürzten Arbeitszeiten. Abstriche vom bisherigen Lohnniveau gibt es kaum. Denn durch geschickte Planung und Verlegung der Schichten auf Zeiträume während der Nacht oder am Wochenende können sich die Beschäftigten viele übertarifliche Zuschläge sichern. Dank des neuen Schichtsystems konnten alle Auszubildenden in den Betrieb übernommen werden. Zudem wurden 70 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen: »Damit haben wir bewiesen, dass es auch anders geht«, sagt Edmund Dietrich, VK-Vorsitzender und Betriebsratsmitglied.

»Die Leute haben mehr freie Zeit, sind dadurch ausgeruhter und so natürlich mit größerer Motivation bei der Arbeit«, nennt Wilfried Stenz nur einige Vorteile. So ist auch nachweislich eine allgemeine Leistungssteigerung und höhere Zufriedenheit festzustellen. Die Geschäftsleitung trage das Schichtmodell voll mit, schließlich erkenne auch sie den Erfolg, erläutert Stenz. »Ich wollte nicht mehr zum alten Schichtsystem zurück, das neue ist viel angenehmer für uns«, sagt Herbert Deisen, seit 34 Jahren Handwerker bei Rasselstein. Auch Walter Vogt, Bevollmächtigter der IG Metall in Neuwied, ist vom neuen Schichtsystem überzeugt: »Der Erfolg dieses Modells zeigt, dass nicht Arbeitszeitverlängerung, sondern deren Verkürzung das Gebot der Stunde ist.«

Peter Hild

Anzeige

MetallRente 

Mit Sicherheit
Zukunft.
Betriebliche
Altersversorgung.

Info unter www.metallrente.de



Zwangsumzüge

Typischer Samstag ...

Rund 1400 Hartz IV-Kunden hat die Bochumer Arge aktuell wegen ihrer Wohnungen im Fokus. Sie sollen sich innerhalb von sechs Monaten etwas einfallen lassen, um die »Kosten der Unterkunft« zu senken (...)

Ein typischer Samstagmorgen im Hartz IV-Zeitalter: Kornelia B. (Name geändert) hat sich die Zeitung von ihrer Nachbarin ausgeliehen, um die Wohnungsanzeigen zu studieren. Als Einzelpersonen-Haushalt stehen der 44-Jährigen maximal 45 Quadratmeter zu, die nach dem Mietspiegel bis zu 4,87 Euro kosten dürfen. Macht 219,15 Euro, plus Nebenkosten.

Erste Ernüchterung: Unter 136 Zeitungsanzeigen finden sich an diesem Samstag exakt zwei Wohnungsangebote bis 220 Euro.

Bei der ersten Rufnummer läuft ein Anrufbeantworter. Die zweite Wohnung wird möbliert vermietet. »Ich hab ja auch noch Möbel. Gibt es eine Möglichkeit, sie unterzubringen?« fragt Kornelia B.

»Ich weiß nicht«, sagt die Vermieterfrau. ◀

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 13. März 2006)

»Sozialpolitische Stiefeltreterpolitik«

Nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes sollen Zehntausende Arbeitslose auch noch ihre Wohnung aufgeben. Die Betroffenen wehren sich gegen die Zwangsumzüge.

Rund 80 Erwerbslose drängelten sich Mitte März im Saal der Bochumer IG Metall. Sie waren einer Einladung des »Arbeitskreis Erwerbslose in der IG Metall« gefolgt und suchten Rat – wegen Drohbriefen der verhassten »Arge« (Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitsloser). Die Einrichtung von Stadt und Arbeitsagentur hatte angekündigt, demnächst nur noch einen Teil der Miete zu übernehmen – weil die Wohnungen angeblich zu teuer sind. Bei gerade mal 4,23 Euro Arbeitslosengeld für Nahrung und Getränke täglich bedeutet das Umziehen, aber schnell.

Auf der Infoveranstaltung bei der IG Metall sollte auch »Arge«-Chefin Susanne Schomburg Rede und Antwort stehen. Doch ihr Platz auf dem Podium blieb frei: Die Leiterin der

Bochumer Hartz IV-Behörde hatte keine Lust, Fragen aus dem Publikum zu beantworten.

Aber es kam noch schlimmer Denn während der Veranstaltung wurde bekannt, dass die Bochumer »Arge« rund 200 Arbeitslose zum Amtsarzt bestellen will: Jene Arbeitslosengeld II-Bezieher, die ihre Umzugskisten nicht selbst schleppen können und Atteste eingereicht hatten. Die »Arge« (Sozialberatung: »Brutstätte vorsätzlicher Unfähigkeit«) befürchtet wohl zusätzliche Kosten – und bitet zur Musterung. Sollen Menschen, die verzweifelt Erwerbsarbeit suchen, auch noch mit entwürdigenden Absteigen gedemütigt werden? Fast scheint es, als sei das Gängelnde Erwerbsloser Programm. Allein in Bochum gingen bei 1422 Erwerbslosen Ultimaten ein – obwohl günstige Mietwohnungen noch



Illustration: Klaus Espermlinger

rarer sind als Arbeitsplätze (siehe Kasten). »Bevor die Arge zum Umziehen drängt, müsste sie erst einmal nachweisen, dass in Bochum 800 preiswerte Wohnungen zu haben sind«, ärgert sich Michael Hermundt, Chef der DGB-Region Ruhr-Mark.

Viertel für Arme

Nicht nur in Bochum. Das überregionale »Aktionsbündnis von Erwerbslosen- und Sozialprotestinitiativen« schätzt, dass in diesem Jahr bundesweit mindestens 200 000 Zwangsumzüge anstehen könnten. Was Wunder, dass die Angst umgeht, zumal Bund und Kommunen parallel den Ausverkauf ihres Wohneigentums betreiben. Nach Angaben des Deutschen Mieterbunds (DMB) haben Kapitalgesellschaften allein im vergangenen Jahr rund 200 000 kommunale Wohnungen aufgekauft. Preiswerte Unterkünfte werden also immer rarer. Die Städte, fordert DMB-Chef Georg Rips, müssten Konzepte erstellen und gemischte Belegungsstrukturen erhalten. Andernfalls würden Arme, Mittel- und Oberschichten bald wie in den USA in isolierten Vierteln leben.

Will das die Politik? Vielleicht, wenn man sie gewähren lässt. Aber immer mehr Betroffene erkennen, dass sie nicht nur Opfer sind und Gegenwehr lohnt. So dürfen Arbeitslosengeld-II-Bezieher in Wuppertal inzwischen ihre Mieten um zehn Prozent überziehen, ohne dass die Hartz IV-Behörde zum Umzug

zwingt. Parallel wurden willkürliche Fristen zur Mietabsenkung gekappt und auf fünf Monate angehoben. Daher mussten bis Januar erst 60 Erwerbslose umziehen, bei 900 Aufforderungen. »Wir haben die Arge ausgebremst«, sagt »Tacheles«-Chef Harald Thomé, »auf kommunaler Ebene kann man einiges erreichen.« Zuvor hatte der Sozialhilfe- und Arbeitslosenverein »Tacheles« aufgedeckt, wie rigoros die Behörde gegen Erwerbslose vorgeht und »rechtswidrige Umzugsaufforderungen« angeprangert. So gingen schon Bescheide raus, wenn eine Wohnung die gesetzte Obergrenze um drei Quadratmeter überschritt.

Gewaltfreier Widerstand

Auch in Göttingen mussten die Behörden zurückrudern – nachdem das Stadt- und Wohnforschungsinstitut »Gewos« belegt hatte, dass es viel zu wenig preiswerte Wohnungen gibt. Jetzt übernimmt die Arbeitsagentur auch höhere Mieten, für Alleinstehende beispielsweise bis zu 325 Euro. Bisher war bei 245 Euro Schluss.

Ein schöner Erfolg – oder nur ein Trick, der die aufmüpfige Bewegung schwächen soll? Zwar hat sich die Zahl der Umzugsaufforderungen halbiert; aber über 1 000 Göttinger Erwerbslosen droht auch weiterhin der Möbelwagen, das macht Angst. Joachim Bons von der Göttinger IG Metall, der in der Initiative »Sozialforum« mitarbeitet: »Der Druck auf Erwerbslose ist enorm.« Manche hielten dem nicht stand und zögen sich voreilig in unwürdige Winkel zurück. Solch ein Klima will das Sozialforum nicht akzeptieren. Die Initiative hat die Verwaltung aufgefordert, auch 20 Prozent höhere Mieten zu übernehmen – »und zwar dauerhaft und als Pflichtleistung«.

Das ist die Kehrseite der aggressiven Hartz IV-Politik: Die Betroffenen, oft von Gewerkschaftern unterstützt, organisieren den Widerstand. So hat das Erwerbslosen Forum Deutschland ein bundesweites Notruftelefon geschaltet (0228-2 49 55 94), um Zwangsmaßnahmen zu verhindern; das bundesweit vernetzte »Aktionsbündnis von Erwerbslosen- und Sozialprotestinitiativen« will über lokale Notruf- und Beratungszentren Hilfe anbieten. Betroffene Berliner können sich heute schon von insgesamt 20 Anwälten beraten lassen – kostenlos; im »Einzelfall« sollen unerwünschte Möbelpacker »gewaltfrei« vertrieben werden. »Zwangsumzüge sind die neue Form sozialpolitischer Stiefeltreterpolitik«, analysiert Politikwissenschaftler und Initiativen-Sprecher Peter Grottian. ◀

Fritz Arndt

»UMZUGSDROHUNGEN MÜSSEN VOM TISCH«



Ulrich Schneider, Sprecher des Bochumer Arbeitskreises »Erwerbslose in der IG Metall«

metall: Lassen sich angedrohte Zwangsumzüge verhindern?

Schneider: Wir versuchen es. Beispielsweise haben wir es geschafft, dass Ältere, Behinderte und Arbeitslosengeld II-Bezieher mit kleinen Kindern ihre Wohnung behalten können – obwohl die Miete den Behörden zu hoch ist.

metall: Hatte die »Arge« Mitleid?

Schneider: Nein, wir haben zusammen mit der IG Metall Druck gemacht, klassische Gewerkschaftsarbeit ist das. Das hat immerhin bewirkt, dass die KdU-Richtlinie (Kosten der Unterkunft) der Stadt angepasst wurde und deutlich weniger Bescheide verschickt wurden.

metall: Dennoch sollen allein in Bochum über 1400 Erwerbslose umziehen ...

Schneider: ... dass viele Kollegen nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes auch noch ihre Wohnung verlieren sollen, ist entwürdigend. Die Umzugsdrohungen müssen vom Tisch, diese Behandlung hat kein Erwerbsloser verdient.

metall: Erwerbslose beklagen die fehlende Beratung der »Arge«. Zu Recht?

Schneider: Ja, die wollen nur Kosten senken. Betroffene sollten sich von der IG Metall oder Leuten, die Ahnung haben, beraten lassen. Die Bescheide ergehen häufig ohne Rechtsgrundlage, daher sollte unbedingt Widerspruch eingelegt werden. ◀

Anzeige

MetallRente

Ihr finanzieller
Schutz
bei Berufsunfähigkeit.
MetallRente.BU

Info unter www.metallrente.de

Energieanlagenbau

Blatt wendet sich

Jahrelang schrumpfte die Zahl der Arbeitsplätze bei den Energie-Anlagenbauern. Kaum einer blieb von der Durststrecke verschont. Nun wendet sich das Blatt. Die Auftragsbücher füllen sich wieder und die Branche sucht händeringend Fachkräfte.

Die Rettung kam in letzter Minute. Als sich vor einigen Monaten die Auftragsbücher der Hitachi Europe Power GmbH in Oberhausen wieder füllten, konnte Betriebsratsvorsitzender Hans-Georg Norbistrath aufatmen. Das Unternehmen hatte die Durststrecke überlebt. Fast 15 Jahre lang war es für den Kraftwerksbauer bergab gegangen. Vor vier Jahren war er insolvent und konnte nur durch den Verkauf an Hitachi überleben. Später hätte der Aufschwung aber nicht kommen dürfen. »Noch ein Jahr hätten wir auch mit Hilfe der Japaner nicht überstanden.«

Die Kraftwerksbauer hatten schon vor drei Jahren mit neuen Aufträgen aus dem Inland gerechnet. Doch die Betreiber ließen sich Zeit und die veralteten Anlagen laufen. Je länger sie am Netz sind, desto mehr Gewinn springt heraus. »Einige Kraftwerke stammen noch aus den 50er Jahren. Das sind richtige Dreckschleudern«, sagt Norbistrath, Die Energieerzeuger konnten sich diese Politik erlauben, weil der Wettbewerb nicht funktioniert, sagt Wolfgang Rhode vom Vorstand der IG Metall in Frankfurt. »In Deutschland beherrschen vier Konzerne den Strommarkt. Ohne Druck passiert da wenig.« Innovationen müssten von der Politik durch Umwelt-



Fotos: Hitachi Power Europe/Hitachi

Kraftwerk in Rüsselsheim: Aufschwung kommt gerade noch rechtzeitig

schutzauflagen eingefordert werden. Das schaffe auch Arbeitsplätze. Deshalb bereitet Rhode die Diskussion um längere Laufzeiten für Atomkraftwerke Bauchschmerzen. »Längere Laufzeiten sind innovationsfeindlich.«

Seit der Energiehunger weltweit wächst, Rohstoffe knapper werden und der Druck steigt, CO₂-Emissionen zu mindern, bewegt sich etwas. Alte Anlagen, die mehr Energie verschleudern als gewinnen, treiben die Kosten hoch. Nun wachen auch die deutschen Energieversorger auf, denkt Hans-Jürgen Hartung, Betriebsratsvorsitzender der Siemens Power Generation in Erlangen: »Ich glaube, sie kapierten langsam, dass sie den Kraftwerksneubau jetzt anpacken müssen. Denn sonst könnten sie irgendwann keinen Anlagenbauer mehr fin-

den, der den Auftrag übernimmt. Oder es wird ziemlich teuer.« Kraftwerke sind komplizierte Anlagen, erklärt Wolfgang Ringelband, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Hitachi. Er nimmt ein Foto von

»In Deutschland beherrschen vier Konzerne den Strommarkt. Ohne Druck passiert da wenig.«

Wolfgang Rhode, Vorstand IG Metall

der Wand im Betriebsratsflur. Es zeigt das Stahlgerippe des Kohlekraftwerks in Lippen-dorf, das die Oberhausener Anfang der 90er Jahre gebaut hatten. »In so einem Kraftwerk laufen mehr Computer, als mancher Elektronik-Discounter in zehn Jahren verkauft.« Der Kraftwerkskessel erzeugt 1,3 Millionen PS. Der Kölner Dom ließe sich bequem darin unterbringen. Viele Teile des Kraftwerks müssen extreme Hitze und großen Druck

aushalten. Entsprechend anspruchsvoll sind die verwendeten Materialien und ihre Verarbeitung. Einfache Arbeiten sind schon vor Jahren nach Osten abgewandert. Mehr Verlagerung geht derzeit nicht. Einige Stücke können nur in Handarbeit exakt gefertigt werden. Um das widerstandsfähige Material zu bearbeiten, wurden neue Techniken entwickelt. Damit sind deutsche Standorte ihren Konkurrenten weiterhin eine Nasenlänge voraus, sagt Peter Weissenfels, Leiter des Fertigungszentrums in Oberhausen: »Das können die Chinesen noch nicht.« Für anspruchsvolle Arbeit brauchen die Kraftwerksbauer qualifizierte Leute. Und die werden nun händeringend gesucht. »Die Branche kommt aus einem tiefen Tal, vor allem auf dem Inlandsmarkt. Nun, wo es wieder bergauf geht, fehlen die Leute«, sagt Rhode. Deshalb haben bei Hitachi zurzeit auch 55-Jährige eine Chance. »Wir holen zum Teil alte Kollegen zurück«, sagt Betriebsrat Ringelband. Auch Uni-Absolventen werden eingestellt. Schließlich sollen die alten Hasen ihr Wissen an den Nachwuchs weitergeben.

Die Branche, die jahrelang nur Arbeitsplatzabbau kannte, schaltet wieder Stellenanzeigen. Auf dem Tiefstand vor drei Jahren arbeiteten bei Hitachi in Oberhausen noch 280 Menschen. Inzwischen sind es 450. Ende 2007 sollen es 650 sein. Siemens stellte in Erlangen im letzten halben Jahr 300 Ingenieure ein. Bis Ende des Jahres sollen weitere 200 hinzukommen. Und auch Siemens sucht für die Werke in Mülheim, Duisburg und Nürnberg Facharbeiter.

Die Aussichten sind gut. Für Siemens-Betriebsrat Hartung kommt es nun auf die Politik an. Sie habe zu lange den Lobbyisten nachgegeben. »Wir brauchen politischen Druck auf die Stromerzeuger, alle technischen Möglichkeiten auch zu nutzen.« Über mangelnde Arbeit kann Siemens nicht klagen. Dennoch geht das Gejammer über zu niedrige Gewinne weiter. Mit dem Ergebnis sei der Konzern nicht zufrieden, erzählt Hartung. »Aber aus meiner Sicht ist es immer noch so gut, dass das Unternehmen fünf Prozent Lohnerhöhung verkraften kann.«

Fabienne Melzer

Interview

»ALLE ENERGIEN WEITER ENTWICKELN«

metall sprach mit Ralf Löckener, Geschäftsführer der Beratungsgesellschaft Sustain Consult in Dortmund

metall: Der Energiehunger weltweit wächst, die Rohstoffvorräte schrumpfen und die Anforderungen des Umweltschutzes nehmen zu. Was bedeutet das für die Energieanlagenbauer?

Löckener: Der steigende Energiebedarf führt zu einer größeren Nachfrage nach Energietechnik, sowohl bei den Kraftwerken als auch bei Energien wie Wind- oder Solarkraft und in Zukunft auch bei Brennstoffzellen oder Erdwärme. Die Stromversorger in Deutschland und anderen Industriestaaten haben in den letzten Jahren wenig in ihre Kraftwerkparke investiert. Der Kraftwerksbestand ist insgesamt alt, viele Anlagen müssen demnächst ersetzt werden. Bis 2012 haben die Stromversorger in Deutschland Investitionen von 30 Milliarden Euro angekündigt. Es spricht also alles dafür, dass die Nachfrage in den nächsten Jahren sehr gut sein wird. Die Anlagenbauer spüren den Aufschwung bereits.

metall: Klimaschutz und der Bau neuer Kraftwerke schließen sich nicht aus?

Löckener: Nein, im Gegenteil. Deutschland hat sich verpflichtet, die Emissionen zu verringern. Viele alte Kraftwerke haben einen schlechten Wirkungsgrad. Die Steinkohlekraftwerke in Deutschland gewinnen aus Rohstoffen nur etwa 38 Prozent der Energie, im weltweiten Durchschnitt sind es sogar weniger als 30 Prozent. Bei neuen Anlagen liegt der Wirkungsgrad etwa bei 46 Prozent. Wenn ich Energie effizienter gewinne, spare ich Brennstoffe und damit auch Emissionen.

metall: Wie weit sind die Anlagenbauer beim Klimaschutz? Wann wird das erste CO₂-freie Kraftwerk gebaut?

Löckener: Das gibt es bislang nur in der Theorie. Es hat nicht einmal das Versuchsstadium erreicht. Noch sind viele Fragen nicht geklärt, etwa die sichere Lagerung des CO₂. Das ist technisch nicht einfach und kostet auch Geld und Energie. Aber für die Zukunft – in zehn bis 20 Jahren vielleicht – ist das eine interessante Entwicklung. Der Energiebedarf und die CO₂-Emissionen wer-



Foto: PHK

den in Ländern wie China und Indien weiter steigen. CO₂-freie Kraftwerke können hierauf eine Antwort sein.

metall: Wie wichtig ist moderne und umweltfreundliche Technik auf dem internationalen Markt?

Löckener: Unternehmen dürfen sich bei diesem Thema nicht zurücklehnen, wenn sie im Ausland zum Zuge kommen wollen. In vielen Märkten gilt: Die Technik soll effizient und kostengünstig sein. Moderne Technik können die Anlagenbauer am besten in Zusammenarbeit mit den Stromerzeugern entwickeln. Und da hat es lange Zeit gehapert. Auf der Industrieseite gab es in den letzten 20 Jahren viel zu wenig Energieforschung.

metall: Beflügelt die steigende Nachfrage auch die Forschung?

Löckener: Sicher, die Energieforschung hat an Konjunktur gewonnen. Die Bundesregierung und die EU haben inzwischen mehr Fördermittel für die Forschung zur Verfügung gestellt. Wichtig ist allerdings, die Forschung nicht auf einzelne Energien zu beschränken, sondern alle Formen der Energieerzeugung weiter zu entwickeln. ◀

Anzeige

MetallRente 

**Was du heute
kannst besorgen...
vorsorgen!**

Damit die Rente stimmt.

Info unter www.metallrente.de

Über den Tag hinaus schauen

metall 4/2006: Titel: Betonköpfe in Nadelstreifen

► »Betonköpfe« ist der falsche Ausdruck für die Arbeitgeberseite. Es müsste besser »Flach-



Foto: transfaberlin/v. Polentz

Warnstreik in Berlin: Kurzfristige Rendite vor Augen

männer« heißen, denn die Unternehmer können oder wollen nicht mehr über den Tag hinaus schauen. Sie haben lediglich eine kurzfristige Rendite vor Augen und vergessen dabei, dass die bestmögliche Arbeitskraft ein motivierter Arbeitnehmer ist.

Rasmus Helt, Hamburg

Rechtlich vorgehen

metall 4/2006: Arbeitsbedingte Erkrankungen

► Warum wird nicht seitens der IG Metall rechtlich gegen alle Unternehmen vorgegangen, die meinen, weiter wie im 18. Jahrhundert ihre Beschäftigten arbeiten lassen zu müssen? Und die Betriebsräte sollten, trotz Ab-

wehrkämpfen und Personalabbau, nicht vergessen, auch die Gesundheit der Beschäftigten im Auge zu haben. Damit könnten unwiderlegbar Gesundheitsgefährdungen und daraus folgende Erkrankungen festgestellt werden.

Egon Mäurer, Mannheim

Lügner oder Dummköpfe

metall 3/2006: Köpfe

► Gratulation zu der Herausgabe des Buches »Nur noch Markt das ist zu wenig«. Hans Mundorf zieht den neoliberalen Elementen den Boden unter den Füßen weg. Es entlarvt die Teilnehmer an den Politik-Talkrunden entweder als Lügner oder als Dummköpfe.

Eugen Auch, Dettenhausen

Mittlerweile qualifiziert

metall 4/2006: Auto 5000 kommt auf Touren

► Unter dem Projektnamen 5000x5000 sind wir ehemals Arbeitslose – zumindest die Meisten – angetreten, um zu beweisen, dass es möglich ist in Deutschland wettbewerbsfähige Autos zu bauen. Dies ist uns mit großem Erfolg gelungen. Wir sind mittlerweile keine Arbeitslosen mehr, sondern zertifizierte, qualifizierte Automobilbauer.

Und als solche fordern wir bei den Tarifverhandlungen ein angemessenes Entgelt. Dass ich als Kind mal am Daumen gelutscht habe, ist genauso Vergangenheit wie meine kurzzeitige Arbeitslosigkeit. Oder bleibe ich mein restliches Leben ein ehemaliger Arbeitsloser und ehemaliger Daumenlutscher?

Werner Heyn, Cremlingen, Vertrauensmann bei Auto 5000

Schaler Geschmack

metall 4/2006: Serie »Menschenrechte«

► In einem Land wie Deutschland, indem Hund- und Katzenfutter durch den Steuerzahler subventioniert wird, und gleichzeitig die Schulkinder durch Büchergeld zusätzlich belastet werden, bekommt das Wort »Menschenrechte und Bildung« einen schalen Beigeschmack.

Georg Glas, Kösching

E-Mail: metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden. Die vollständige metall-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: metall-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45,
Fax 069-66 93-2000

E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des
Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Peter Pagel
Telefon 061 51-81 27-0,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: pagel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metall gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de



»Ich rede gern mit Leuten, die Bescheid wissen. In der IG Metall finde ich immer jemanden zum diskutieren.«

Peter Gilbhard

Der Metaller Peter Gilbhard hatte früher mit Politik nichts am Hut. Jetzt ist er bei Vacuumschmelze Hanau der Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung und mischt in seiner ersten Tarifrunde mit.



Foto: Michael Schinke

Zu Besuch bei

Peter Gilbhard

metall traf den Jugend- und Auszubildenden-Vorsitzenden der Vacuum-
schmelze Hanau, der durch die IG Metall sein Talent für Politik entdeckte.

Die Feuertaufer erlebte Peter Gilbhard, 19, bei seinem ersten Warnstreik in seinem Betrieb, der Vacuum-
schmelze Hanau. Vor 500 Beschäftigten sollte er eine Rede halten. »Ich war verdammt aufgeregt«, sagt der Auszubildende. Aber Gilbhard packte es und zeigte, was er kann. Es war ein gutes Gefühl, vor versammelter Mannschaft über mehr Lohn und vermögenswirksame Leistungen für Auszubildende zu reden.

Argumentieren und überzeugen macht ihm Spaß. Tag für Tag ist er gefordert, denn Gilbhard ist der Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung der Vacuum-
schmelze Hanau. Er ist zuständig für die In-

teressen von derzeit 82 Auszubildenden und hat sich schon bei so manchem Meister unbeliebt gemacht, weil er öfter mal auf eine Sitzung muss. Gilbhard ficht das nicht an. Er ist stolz auf einen guten Organisationsgrad von rund 70 Prozent bei den Azubis. Das ist zum Teil auch sein Verdienst, denn viele hat er persönlich zum Eintritt in die IG Metall bewegt. »Ich rede gern mit Leuten«, sagt der schlaksige junge Mann.

Sein Interesse für Gewerkschaftsarbeit entdeckte er auf einem Jugendseminar der IG Metall in Fulda. Gilbhard war im zweiten Lehrjahr als Verfahrensmechaniker. »Im Seminar haben die uns die Agenda 2010 erklärt und da hab' ich gemerkt, das ist ja voll

Peter Gilbhard darüber, warum es bei ihm Klick machte: »Als man uns die Agenda 2010 erklärte, merkte ich, ey, das ist ja voll Beschiss.«

Beschiss«, erinnert er sich. Dann ging es Schlag auf Schlag. Er kandidierte als Jugend- und Auszubildendenvertreter, wurde gewählt und bekam 2005 den Vorsitz in diesem Gremium. Seit einem Jahr arbeitet Gilbhard auch im Bezirksjugendausschuss des Bezirks Frankfurt mit. In seiner Freizeit engagiert sich Gilbhard im Jugendbündnis Hanau für allgemeinpolitische Themen. »Rechtsextremismus wird wieder stärker«, hat Gilbhard an seinem Wohnort Bruchköbel bei Hanau beobachtet. Mit Hakenkreuz-Graffiti und Schmierereien wie »Deutschland den Deutschen« machen Jugendliche ihrem Frust auf die Politik Luft. Das Jugendbündnis, in dem Gilbhard mitarbeitet, knöpfte sich das Wahlprogramm der NPD vor und versucht, andere Jugendliche für die Gefahr von rechts zu sensibilisieren.

Sozusagen in atemberaubendem Tempo hat Gilbhard seine Persönlichkeit als politisch denkender Mensch entwickelt. Noch als Realschüler interessierten ihn vor allem Mädels und Feten. Sein Elternhaus war apolitisch. Als sein Vater starb, war Gilbhard gerade vier Jahre alt. Er und seine ältere Schwester wuchsen als Halbwaisen bei der Mutter auf, einer gebürtigen Schottin. »Bei uns zu Hause ist das Geld immer knapp«, erzählt Gilbhard. Seine Mutter ist schon seit längerer Zeit arbeitslos. Weil sie eine Lebensversicherung hat, bekommt sie kein Arbeitslosengeld II. Ein typisches Opfer der Hartz-Reformen. Peter unterstützt die Mutter mit seinem kargen Lehrgeld.

Bei der IG Metall hat er gemerkt, wie wichtig Bildung und Weiterbildung ist. Deshalb hat er sich vorgenommen, nach dem Ende seiner Lehre an der Abendschule das Fachabitur zu machen. Und auf alle Fälle will er in der IG Metall weitermachen und nach dem Jugend 3-Seminar noch eine Referentenausbildung dranhängen. »Die Leute bei der IG Metall haben einfach was im Kopf, mit denen kann man diskutieren«, sagt Gilbhard. In seinem Betrieb ist jetzt die aktuelle Tarifeinensatzung Thema. Seine Leute holte er nicht nur zum Warnstreik vors Werkstor in Hanau, sondern motivierte sie auch, beim Jugendaktionstag am 12. April in Kassel mitzumachen. Gilbhard: »Ich finde das cool.«

Martina Helmerich



Photo: PD



Beraten, fördern, fordern: Eine Chance für Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund

Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz gegenüber deutschen Bewerbern benachteiligt. Mit einem schlechten Schulabschluss haben diese jungen Menschen praktisch keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Zwölf Prozent der Deutschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss; bei den jungen Ausländern sind es 41 Prozent.

Gewinn für Arbeitgeber

Gerade Menschen ausländischer Herkunft haben wertvolle Fähigkeiten, die für Unternehmen von Vorteil sein können: Sie sind mehrsprachig, in mehreren Kulturen zu Hause und können mit ihrer Auslandserfahrung die Wettbewerbsfähigkeit ihres Arbeitgebers erhöhen.

Bei der Thyssen-Krupp-Steel AG weiß man das: Um einem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen, wird schon heute daran gearbeitet, alle Arbeitnehmer-Potenziale für das Unternehmen zu erschließen. Der Stahlkonzern hat ein eigenes Förderprogramm für Migranten, um sie auf die Ausbildung vorzubereiten und so genannte Kulturmittler, die die Barrieren zwischen Arbeitnehmern unterschiedlicher Herkunft abbauen helfen. Viele Arbeitgeber in Deutschland sind noch weit davon entfernt, die Fähigkeiten ihrer ausländischen Beschäftigten zu nutzen oder überhaupt abzufragen.

Oft sind sich aber auch Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund ihrer besonderen Fähigkeiten nicht bewusst und bringen sie darum im Betrieb nicht ein. Selbst wenn sie ihre Talente kennen, haben sie häufig keinen formalen Nachweis. Es fehlt etwa das Zeugnis über eine Qualifikation, die sie im Ausland erworben haben.

Ausländische Arbeitnehmer nehmen deutlich weniger an einer beruflichen Weiterbildung teil als Deutsche. Bei ihnen lag die jährliche Teilnahmequote zuletzt bei etwa 13 Prozent, bei Deutschen dagegen bei 27 Prozent. Viele wissen nicht, welche Bildungsangebote es gibt, andere wären zwar interessiert, werden aber vom Arbeitgeber nicht unterstützt, sodass sie ihre Maßnahme selbst bezahlen müssen. Obendrein haben ausländische Beschäftigte das Gefühl, selbst

Migration

Integration durch Qualifizierung

Ausländische Arbeitnehmer haben im Berufsleben in Deutschland oft das Nachsehen. Das bundesweite Netzwerk »Integration durch Qualifizierung« berät und schult.

Berufliche Weiterbildung ist ein wichtiges Instrument, um sich auf dem eigenen Arbeitsplatz zu behaupten oder einen neuen zu bekommen. Das gilt für alle Arbeitnehmer – besonders aber für Zuwanderer. Denn für sie ist das Ri-

siko, in Deutschland arbeitslos zu werden höher als für Inländer. Vor allem, wenn sie mit der deutschen Sprache Probleme haben.

Das beginnt in der Schule und setzt sich meist bis ans Ende des Berufslebens fort. Selbst mit gleichen Schulabschlüssen sind



nach einer Qualifikation keine reale Aufstiegschance zu haben.

Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund fördern und für Unternehmen nutzbar machen, sie qualifizieren, statt auf Defizite zeigen und sie gleichberechtigt in den Arbeitsmarkt integrieren – das ist Aufgabe des bundesweiten Netzwerks »Integration durch Qualifizierung« (IQ).

Beraten, fördern, fordern

IQ wurde Mitte 2005 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und von der Bundesagentur für Arbeit ins Leben gerufen.

Dem Netzwerk gehören sechs regionale Partner (siehe Info-Kasten) an, die mit rund 70 weiteren Bildungsträgern zusammenarbeiten. Das ermöglicht ein vielseitiges Weiterbildungsangebot: Unter anderem gibt es Sprachkurse für berufsbezogenes Deutsch, EDV-Schulungen und Seminare über das deutsche Zuwanderungsrecht. Koordiniert wird das bundesweite Netzwerk IQ von der

DAS NETZWERK IQ UND SEINE PARTNER

Zentralstelle für Weiterbildung im Handwerk (ZWH), Düsseldorf

Ansprechpartner: Wolfgang Fehl

Telefon 0211-30 20 09 32

E-Mail: wfehl@zwh.de

Internet: www.intqua.de

► InBeZ Rhein-Saar-Elbe, Mainz

Ansprechpartner: Hans-Peter Frühauf

Telefon 06131-32 84 88

► Integra.net, Frankfurt

Ansprechpartnerin: Bärbel Weber

Telefon 069-58 09 09 25

► KUMULUS-PLUS, Berlin

Ansprechpartner: Stefan Nowack

Telefon 030-259 30 95 24,

Internet: www.kumulus-plus.de

► MigraNet, Augsburg

Ansprechpartner: Stephan Schiel

Telefon 0821-9079913

Internet: www.migranet.org

► NOBI, Hamburg

Ansprechpartnerin: Gesine Keßler

Telefon 040-28 08 46 25

Internet: www.ep-nobi.de

► Pro Qualifizierung, Düsseldorf

Ansprechpartner: Leo Monz

Telefon 0211-4310-351

Internet: www.pro-qualifizierung.de ◀

Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk (ZWH) in Düsseldorf. Die Partner im Netzwerk IQ beraten aber auch in Sachen Integration und Qualifizierung: verschiedene Wirtschaftsbereiche, wie kleine und mitt-

lere Unternehmen, Handwerkskammern, Arbeitgeberverbände, Personalverantwortliche, aber auch Gewerkschaften oder Betriebsräte. ◀

Antonela Pelivan



RECHT so



metall: Seit Anfang des Jahres müssen Abfindungen voll versteuert werden. Ändert das etwas an der Höhe der Abfindungen? Habe ich eigentlich einen Anspruch auf eine Abfindung?



Foto: Heike Rost

Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

Carsten Schuld: Die Versteuerung von Abfindungen ist kompliziert. Die Lohnsteuerhilfe-Vereine können weiter helfen. Ihre Verwaltungsstelle weiß, an welche Sie sich wenden müssen. Ich vermute, dass die Arbeitgeber in Zukunft bei Abfindungen noch tiefer in die Tasche greifen müssen. Allerdings ist die Höhe der Abfindung das Ergebnis von Verhandlungen und der Stärke der Verhandlungsposition.

Einen gesetzlichen Anspruch auf eine Abfindung gibt es nicht. Sozialtarifverträge, die einen Abfindungsanspruch regeln, gibt es nur in wenigen Ausnahmefällen, beispielsweise bei Stilllegung großer Betriebe. Ein Anspruch auf eine Abfindung besteht, wenn der Betriebsrat sie per Sozialplan ausgehandelt hat.

Der Arbeitgeber kann aber eine Abfindung im Kündigungsschreiben anbieten, für den Fall, dass der Arbeitnehmer auf eine Klage verzichtet. Ob das Angebot sich für den Arbeitnehmer lohnt, sollte unbedingt im Einzelfall mit der Gewerkschaft besprochen werden. Auch nach Erhebung einer Kündigungsschutzklage kann noch über eine Abfindung verhandelt werden. In den Güteverhandlungen

erörtern die Arbeitsrichter fast immer die Möglichkeit, das Arbeitsverhältnis gegen Zahlung einer Abfindung zu beenden.

Wie hoch die Abfindung ausfällt, ist Verhandlungssache und hängt von vielen Faktoren ab. Wichtig sind das Prozessrisiko, die Beschäftigungsdauer und die Einkommenshöhe. Die Faustformel, ein halbes Bruttogehalt pro Beschäftigungsjahr, gilt nur bedingt. Die Zahlung einer Abfindung kann unter bestimmten Umständen auf Sozialleistungen angerechnet werden. Bei einer hohen Abfindung kann beispielsweise der Anspruch auf Arbeitslosengeld II wegfallen, bis ein Großteil der Abfindung aufgebraucht ist. Außerdem müssen Abfindungen voll versteuert werden. All dies sollte bei Verhandlungen über die Abfindungshöhe bedacht werden. ◀

► **Weitere Fragen** zum Betriebsrat oder rund um den Rechtsschutz? Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

+++ DIE BESTEN RATGEBER +++ DIE BESTEN

Mehr Durchblick

Die besten Ratgeber – ausgewählt von der Redaktion



Krankenversicherung

Was zahlen die gesetzlichen Krankenversicherungen noch? Was sind die Kündigungsbedingungen, wie steht es mit dem Kassenwechsel? Welche Kassen bieten ihren Mitgliedern Spezialtarife, Bonusmodelle und neue Vorsorge- und Behandlungsmethoden an? Der Ratgeber gibt Antworten. **Verbraucherzentrale NRW. »Gesetzliche Krankenversicherung«, 12,90 Euro, Telefon: 0180-5002467. ◀**

Teilzeitbeschäftigung

Teilzeitbeschäftigte sind Betriebsangehörige mit allen Rechten und Pflichten. Sie haben anteilig Anspruch auf gleiches Entgelt wie die Vollzeitbeschäftigten im Betrieb. Und: Sie können – wenn auch meist anders praktiziert – die gleichen Sozialleistungen verlangen. Außerdem steht Teilzeitbeschäftigten ungekürzte Verdienstsicherung bei Krankheit, im Urlaub und an Feiertagen zu. Mehr zum Thema in der Broschüre »Teilzeitbeschäftigung«. Denn wer seine Rechte kennt, stärkt die eigene Position. Die Broschüre widmet sich dem Thema Altersteilzeit ebenso wie steuerrechtlichen Fragen.

Arbeitskammer des Saarlands. »Teilzeitbeschäftigung«, 6., neu aufgelegte Ausgabe, sechs Euro (für saarländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kostenlos), Telefon Broschürenservice: 0681-4005-44. ◀

Meldungen

Veranstaltungsreihe Näherin zu Besuch

Spätestens im Mai werden alle über die Fußball-Weltmeisterschaft reden. Doch über die Produktion der Sportartikel, wird kaum ein Wort verloren. Dass die Arbeitsbedingungen bei den Zulieferern der großen Sportunternehmen wie Adidas, Nike, Puma oder auch anderen Herstellern zumeist katastrophal sind, können Interessierte im Mai erfahren. Dann plaudert die salvadorianische Näherin Estela Marina Ramirez buchstäblich aus dem Nähkästchen: Der Lohn reicht nicht zum Leben, Arbeitszeiten von bis zu 90 Wochenstunden

sind die Regel, Schwangerschaft wird bestraft – und wer sich gewerkschaftlich organisiert, wird entlassen. So sah der Alltag bei Hermosa aus, wo die Gewerkschafterin bis zur Betriebschließung im Mai 2005 arbeitete. Hermosa wird diesen Monat über ihre Erlebnisse auf einer Veranstaltungsreihe – täglich ab dem 14. Mai – in Münster, Dortmund, Hamburg, Hannover, Köln, Aachen, Weilheim, Passau, Nürnberg, Alsfeld, Heidelberg, Reutlingen, Frankfurt und Berlin berichten. Veranstaltungsort und Zeit können unter www.ciromero.de eingesehen werden. Weitere Informationen zum Thema finden sich unter www.saubere-kleidung.de. ◀



»In allen Fällen drohender Kündigung wird man außerdem den Betriebsrat kontaktieren. Im öffentlichen Dienst wendet man sich an den Personalrat.«

Wolfgang Däubler in »Kündigungsschutz für Arbeitnehmer«

Kündigungsschutz

Kündigung – ein Wort, das uns Angst macht. Immer mehr Menschen sind von ihr betroffen. Die Anlässe dazu sind heute vielfältig. Was kann man tun, wenn es passiert? Diese und viele weitere Fragen zum Thema Kündigung und Kündigungsschutz beantwortet der Ratgeber »Kündigungsschutz für Arbeitnehmer«. Das Buch berücksichtigt den letzten Stand der Gesetzgebung. Und es gibt viele konkrete Tipps und Fallbeispiele. Der Ratgeber wird das Gespräch mit dem Betriebsrat oder der Rechtsberatung nicht ersetzen, aber er bietet erste Orientierung.

Wolfgang Däubler. »Kündigungsschutz für Arbeitnehmer«, Stiftung Warentest, März 2006, 9,80 Euro. ◀

Sozialleistungen

Für alle die es schon vergessen haben: Sozialleistungen sind keine Almosen, sondern unser gutes Recht. Deshalb hat der Ratgeber »111 Tipps zu Sozialleistungen« auch konkrete Vorschläge zu Themen wie: Was tun, wenn das Einkommen (zu) niedrig ist? Arbeitslos: Gibt es jetzt mehr Bafög für meine Kinder? Wann bekomme ich mehr Wohngeld? Der Ratgeber bietet umfassende Informationen zu allen wichtigen sozialen Leistungen und Vergünstigungen, die für Erwerbstätige mit unterdurchschnittlichem Einkommen und Arbeitslose in Frage kommen. Rolf Winkel. »111 Tipps zu Sozialleistungen«, 3. Auflage, Bundesverlag, 9,90 Euro. ◀



Foto: Michael Schinke

Broschüre Soziale Sicherung

Einen guten Überblick über Renten-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die Bereiche Arbeitsförderung, Arbeitsrecht und Erziehungsgeld, die Rehabilitation behinderter Menschen, Wohngeld und Sozialhilfe gibt die neue Broschüre »Soziale Sicherung« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Broschüre kann beim Ministerium kostenlos über das Bürgertelefon (Montag bis Donnerstag immer von 8 bis 20 Uhr) unter der Telefonnummer 01805-67 67 10 oder auch im Internet unter der Adresse www.bmas.bund.de bestellt werden. ◀

Buchtipps Sozialstaat kaputt?

Seit Jahren wird den Menschen in Deutschland eingeredet, der Sozialstaat sei Schuld an der Krise. Der Kündigungsschutz müsse eingeschränkt, das Arbeitslosengeld gekürzt und das soziale Netz durchlöchert werden, behaupten die neoliberalen Wahrsager.

Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik bei der »Süddeutschen Zeitung«, beschreibt in seinem Buch »Kein schöner Land«, wer ein Interesse daran hat, der sozialen Marktwirtschaft das Soziale auszutreiben. Weil Reformen bisher keine Arbeitsplätze geschaffen haben, fordern die Spitzen von Wirtschaft und

Politik noch mehr Reformen. Prantl entlarvt die Sprüche der »Reformer« und sagt, was stattdessen gemacht werden muss. Er zeigt, wie eine neue Arbeitsgesellschaft aussehen könnte und wie neue Arbeit für Millionen finanziert werden kann.

Heribert Prantl. **Kein schöner Land**, Droemer, 208 Seiten, 12,90 Euro. ◀

Arbeitslosengeld II Anspruch entfällt

Seit 1. April 2006 gehören junge Arbeitslose zwischen 18 und 25 Jahren zum Haushalt ihrer Eltern und haben nur noch in Ausnahmefällen einen Anspruch auf die Kostenübernahme für eine eigene Wohnung. Stichtag war

der 17. Februar 2006. Wer vor diesem Tag von zu Hause ausgezogen ist, fällt nicht unter die neue Regelung. ◀

Anzeige _____

Monatsrätsel...

Abgabe an den Staat	Bußbereitschaft	Stierkämpfer zu Fuß	kosmetische Hautpaste	britische Violinistin (Vanessa)	Mitglied der Regierung	eh. dt. Hauptstadt genug! (italien.)
16				Pöbel		
8		Netzhaut des Auges		Teledialog (Kurzwort)		6
US-Popsängerin			2	Donauzufluss		15
Tadel, Verweis				kurz für: in das		
			11	Kleidermode durch-einander		Masse zum Backen
Nordsee-Frachtsegelboot mit Motor	Stadt in Ba.-Wü.			Autokz. v. Starnberg		14
	Kindertagesstätte			tropisches Baumharz		
	Wappen-vogel		südfranz. Hafen			5
Kroatische Adria-Insel			Kraftwerk-typ (Abk.)			spanische Wein-schenke
Papstkrone				größter Teil des Körpers		
sehr kräftig, mächtig				also (lat.)		
	17			Herzstromkurven (Abk.)		
			Fragewort deutscher Philosoph † (Immanuel)			
	10			Euro-päische Zentralbank (Abk.)		Wirtshaus im engli-schen Stil
Spitzenkünstler	Bundes-kriminal-polizei der USA (Abk.)	bestim-mender Erbfaktor	Rücken-tragkorb nein (niederl.)			
						9
				Kanton der Schweiz		18
				Autokz. v. Ansbach		
Treppe nach oben				ehemalige schwe-dische Popgruppe		12
Flach-land						
Stadt an der Weser						
			4			

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 31. Mai 2006 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus März 2006: Besserverdiener

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder fünf IG Metall-Autosicherheitswesten als Extrapreis.

Der Zusatzgewinn im März 2006: Je ein IG Metall-Fußball geht an:

Josef Hübinger, Siershahn
Günther Rohkamm, Seesen

Zusätzlich verlosen wir zwei IG Metall-Fußbälle

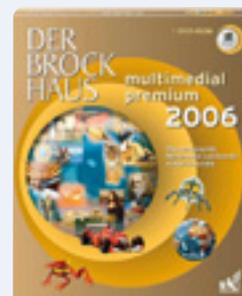
Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis: Vier Übernachtungen für vier Personen im IFA Ferien-Centrum Südstrand in Burg auf Fehmarn

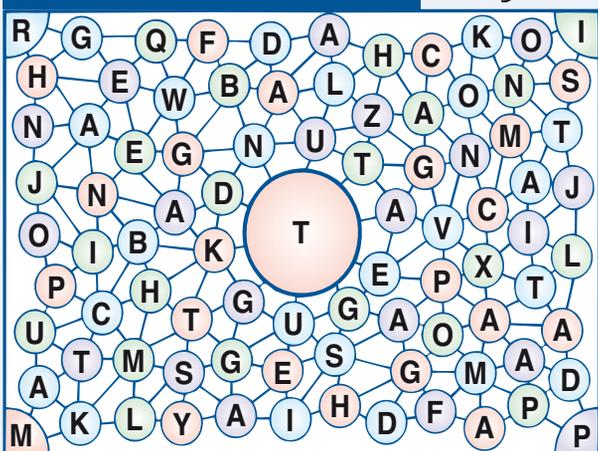
2. Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis: Eine DVD-Ausgabe des neuesten Brockhaus-Lexikons

Drei-Monats-Rätsel...

Teil 5



Beginnend in einem der oberen Eck-Viertelkreise können Sie im Labyrinth den zweiten Teil unseres Kettenrätsels ermitteln, indem Sie über die Verbindungslinien der Kreise immer den richtigen Anschlussbuchstaben suchen, der im weiteren Verlauf einen Sinn ergibt, so dass Sie schließlich beim T im Mittelkreis enden.

Lösungsspruch Teil 1-2 und 3:

Auch einem Vegetarier kann alles Wurscht sein

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 4 bis 6 auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2006 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei Hauptpreise gewinnen. Und als Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 56 Euro.

Die ACE-Klubmitgliedschaft gewinnt: Oliver Götz, Östringen

Unsere Gewinner des Drei-Monats-Rätsels Teil 1-2 und 3/2006

- 1. Preis: Friedhelm Höfner, Bad Nauheim
- 2. Preis: Fritz Pelert, Dresden
- 3. Preis: Franz Schelle, Dortmund

Dienstag, 14. März 2006
Ihr Ansprechpartner: H. [REDACTED]

Ihre Bewerbung vom 16.05.05

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

wir danken Ihnen für Ihre Bewerbung als CNC-Dreher und für Ihr Interesse an unserem Unternehmen.

Aufgrund der Vielzahl der eingegangenen Bewerbungen ist uns die Auswahl nicht leicht gefallen. Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass wir Sie bei der Besetzung der ausgeschriebenen Stelle nicht berücksichtigen konnten.

Zu unserer Entlastung übersenden wir Ihnen Ihre Bewerbungsunterlagen mit Dank zurück.

Für Ihren Berufsweg wünschen wir Ihnen weiterhin viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Greve GmbH & Co. KG

Schreiben der Firma Greve Maschinenbau, Lübeck

STELLENGESUCHE

Suche Stelle als Bäcker, Lagerist oder Bauhelfer; Biete maximal 15 000,- €

Stellenanzeige in der »Esslinger Zeitung«

VERSTÄRKUNG GESUCHT!
MITARBEITER FÜR PRODUKTION UND LAGER

In Vollzeit od. auf 400-€-Basis gesucht. Ihr Profil: Sie passen gut in unser dynamisches Team, wenn Sie zw. 25 und 45 J. sind, gerne selbstständig und sauber arbeiten, wir uns auf Sie verlassen können, Sie gut deutsch sprechen und sich mit Teamgeist und Arbeitsfreude einbringen. Kenntnisse in Montage- und Lagerarbeiten sind von Vorteil. Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung.

Bei gewünschter Rücksendung der Unterlagen bitte Rückporto beilegen.

Anzeige in »Hallo Erding«

Franz Kaminski Waggonbau GmbH

Aktennotiz „QM“

Durch die Geschäftsführung wurden folgende Ziele für 2006 festgelegt.

- Umwelt:** Entsorgungsaufwand minimieren. Es wird in 2006 eine Aufarbeitungsplatz eingerichtet, der die Entsorgungskosten um 10% reduzieren soll.
- Sicherheit:** Durch die Einführung des ERP-Systems werden redundante Daten minimiert. Durch die Minimierung ergibt sich mehr Prozesssicherheit.
- Gesundheit:** Die Durchschnittskrankentage solle auf 8 AT pro Mitarbeiter reduziert werden.
- Qualität:** Durch die Etablierung eines ERP-Systems sollen Schwachstellen kompensiert werden. Die Daten werden nicht mehrfach abgeklippt und abgelesen. Im Bereich Beschriftung sollen Fehler um 30 % minimiert werden. Die Gesamtdurchschnittsfehlerquote soll auf 10 % verringert werden.

Schreiben der Firma Kaminski Waggonbau, Hameln

VBG
Verwaltungs-Berufsgenossenschaft

Beschreibung: [REDACTED]

Herrn [REDACTED]
Dipl.-Med. [REDACTED]

Versicherungsschutz: [REDACTED] vom 06.12.2005
wortschaft.

Sehr geehrter Herr Dr. [REDACTED]

wir bitten Sie ab sofort keine Behandlung mehr zu unseren Lesern durchzuführen, da das beschriebene Unfallsereignis nicht geeignet war, die zur OP am 20.01.06 führende Invasivität des Mesosarcomphagesenoms des rechten Os humeri zu verunsichern.

Danke

Schreiben der Verwaltungs-genossenschaft an einen Arzt

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von metall-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



Wo ist Hoffnung?

JEAN ZIEGLER ÜBER DEN HUNGER UND DIE GLOBALISIERUNG

Auf unserem Planeten sterben jeden Tag 100 000 Menschen am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Im Jahr 2005 verhungerte alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. Alle vier Minuten verlor jemand das Augenlicht wegen Mangel an Vitamin A. 856 Millionen Menschen – ein Mensch auf sechs auf unserem Planeten – waren schwerst, permanent unterernährt. Es waren 842 Millionen im Jahr zuvor. Die Opferzahlen steigen.

Derselbe »World Food Report« der Welternährungsorganisation, der die Opferzahlen registriert, weist nach, dass die Weltlandwirtschaft im gegenwärtigen Stand ihrer Produktionskräfte ohne Problem (das heißt: 2700 Kalorien/Individuum/Tag) 12 Milliarden – also das Doppelte der Weltbevölkerung – ernähren könnte. Fazit: Es gibt keine Fatalität.

Ein Kind, das am Hunger stirbt, wird ermordet. Die Weltordnung des globalisierten Raubtier-Kapitalismus ist nicht nur mörderisch, sie ist auch absurd. Sie tötet, aber sie tötet ohne Notwendigkeit.

Es stimmt, dass der globalisierte Kapitalismus unglaubliche Reichtümer schafft: Sein Produktionssystem ist sicher das dynamischste, innovativste, kreativste, das es je in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. Allein im ersten Jahrzehnt (1992 bis 2002) nach dem Zusammenbruch der Bipolarität der Staatengesellschaft (Implosion der Sowjetunion: 1991) hat sich das Welt-Brutto-Sozialprodukt mehr als verdoppelt, der Welt-handel mehr als verdreifacht und der Energiekonsum verdoppelt sich alle vier Jahre.

Gleichzeitig jedoch hat eine unerhörte Monopolisierung der wirtschaftlichen Macht eingesetzt. Nach Weltbankstatistik kontrollierten die 500 größten transkontinentalen Privatkonzerne im Jahr 2005 über 52 Prozent des Welt-Brutto-Sozialprodukts. Unermessliche Reichtümer bündeln sich in der Hand ganz weniger. Die Konzer-

ne haben ein einziges Handlungsprinzip: die Profit-Maximierung. Sie arbeiten völlig wertfrei. Der permanente Krieg herrscht zwischen den Herren. Sie besitzen eine politische, wirtschaftliche, ideologische Macht wie sie nie zuvor ein König, ein Kaiser, ein Papst besessen hatte.

Jürgen Habermas sagt: »Alles was Nationalstaaten noch tun können, ist Weltinnen-

politik betreiben.« Er meint: Die Vorgaben des globalisierten Finanzkapitals und der sie beherrschenden Kosmokraten umzusetzen in innenpolitische Investitions-, Fiskal- und Arbeitsflexibilitäts politik. Die Wahndee des Neoliberalismus verkörpert die totale Irrationalität. Für die Kosmokraten gehorcht wirtschaftliches Handeln Naturgesetzen. Der Mensch als historisches Subjekt ver-



Foto: S.Helmer/Schmitt-Bürgler SA

»Der Hunger tötet rund 100 000 Menschen täglich. Vor diesem Hintergrund und angesichts des zügellosen Neoliberalismus der Finanzmärkte entlarvt sich das Reden der Mächtigen von christlichen Werten, von Solidarität und Gerechtigkeit als pure Heuchelei.«

schwindet. Der Schweizer Publizist Frank A. Meyer schreibt: »Der Markt ist der neue Weltgeist. Er steuert Geschichte und Geschicke. Er bestraft und belohnt Menschen wie Nationen – eine totalitärer Utopie. Der Staat ist allenfalls noch für Kollateralschäden des neuen Menschheitsexperiments zuständig.«

In den 122 Staaten der Dritten Welt, wo 4,8 der 6,4 Milliarden Erdbewohner heute leben, steigen die Leichenberge. Die Goldberge steigen bei uns. Aber der Dschungel schreitet unaufhaltsam vor. Langsam machen sich Dritte-Welt-Zustände in Europa breit. Permanente, strukturelle Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen, Kapitaldiktatur und Verweigerung der Partnerschaft, permanente Erpressung der Gewerkschaften und des Staats durch die Drohung der Delokalisation, rasanter Abbau der sozialen Schutzmaßnahmen für die Schwächeren, Verlust der Normativkraft des Nationalstaats, Zerfall der Demokratie. Die Volkssouveränität wird ersetzt durch das Diktat des Finanzkapitals. Bertolt Brecht schreibt: »Ein Wahlzettel macht den Hungrigen nicht satt.« Wo keine soziale Sicherheit mehr herrscht, geht die Demokratie vor die Hunde.

Immanuel Kant war Zeitgenosse der Französischen Revolution. In Königsberg hatte er »L'Ami du Peuple« abonniert. Er schrieb: »Wir stehen an der Abbruchkante der Zeit.« Kant meinte damit den Sieg der Aufklärung

über den Feudalismus. Heute stehen wir wieder an einer Abbruchkante: Die neo-liberale Wahndee der alles bestimmenden Unsichtbaren Hand des Weltmarkts negiert radikal alle Institutionen, Werte und Handlungsprinzipien, die wir von der Aufklärung geerbt und die während der letzten 250 Jahre die republikanische Staatsform, das Selbstverständnis der arbeitenden Menschen in Europa bestimmt haben.

Das Gras wachsen hören

Wer soll dem Imperium der Schande widerstehen? Der anämische Nationalstaat etwa? Sicher nicht. Wer den kalten Monstern heute entgegentreten will, braucht ganz andere Kampfmittel, Organisationsformen und Motivationsstrukturen.

Karl Marx sagt: »Der Revolutionär muss im Stande sein, das Gras wachsen zu hören.« Es wächst, das Gras. Eine neue planetarische Zivilgesellschaft ist im Entstehen auf den fünf Kontinenten. In ihr spielen im Agrar-, Dienstleistungs- und Industriesektor die international vernetzten Gewerkschaften eine ganz zentrale Rolle.

Arbeiter, Bauern, Frauen, Landlose, Tagelöhner organisieren sich in tausenden von lokalen Widerstandsfrenten. »Via Campesina«, »Attac«, »Trabalhadores sem Terra«, die Weltgewerkschaft »Süd«, und andere Organisationen umfassen heute bereits Hunderte

von Millionen Menschen. Sie ersetzen den serbelnden Nationalstaat und sein Personal und versuchen – mit immer größerem sichtbaren Erfolg – den Finanzoligarchen und ihren Söldnern (Weltwährungsfonds, Weltbank, Welthandelsorganisation) die planetarische Gestaltungsmacht zu entreißen.

Diese neue Bruderschaft der Nacht, diese noch fraktionierte, aber bereits unglaublich kreative und dynamische Zivilgesellschaft kommt alljährlich im Weltsozialforum in Porto Alegre, Mumbai oder Caracas zusammen. In diesem Forum ist die IG Metall regelmäßig präsent. Ihre starke Stimme wird gehört.

Der kategorische Imperativ von Karl Marx heißt: »... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« Die neue planetarische Zivilgesellschaft schmiedet heute die Waffen für den Kampf gegen eine Weltordnung, die keinen anderen Wert mehr kennt als den nackten Profit.

Denn wie schrieb schon Bertolt Brecht:

»Am Grunde der Moldau wandern die Steine. Es liegen drei Kaiser begraben in Prag. Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine. Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.« ◀

Ein Kampf gegen Armut und Unterdrückung

»Ich habe mir geschworen, nie wieder, auch nicht zufällig, auf der Seite der Henker zu stehen.«

Sein Lebenslauf

Jean Ziegler hält es mit Jean-Paul Sartre: »Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark das hassen, was sie unterdrückt.« Ziegler wurde 1934 im schweizerischen Thun geboren und lehrte bis zu seiner Emeritierung Soziologie an der Universität Genf und als Gastprofessor an der Sorbonne/Paris. Ziegler ist UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. In jungen Jahren wurde er geprägt von seiner Freundschaft zu Sartre und Simone de Beauvoir sowie durch einen zweijährigen Afrika-Aufenthalt als UN-Experte nach der Ermordung Patrice Lumumbas. Bis 1999 war

Ziegler für die Sozialdemokraten Nationalrat im Schweizer Parlament. Publikationen wie »Die Schweiz wäscht weißer« und »Die Schweiz, das Gold und die Toten« haben Kontroversen ausgelöst, die ihm internationales Ansehen brachten. In der Schweiz jedoch wurde er als Nestbeschmutzer beschimpft.

Sein aktuelles Buch

»Das Imperium der Schande, der Kampf gegen Armut und Unterdrückung« – Zieglers neuestes Buch ist wieder ein unbequemes. Ohne erhobenen Zeigefinger zeigt er, dass das Gefühl der Schande angesichts einer Welt voll Hunger und Armut zu einem Wunsch nach Veränderung umschlagen kann. Der Schweizer fordert das Menschenrecht auf Glück ein und hält der Globalisierung einen Spiegel vor. Viele Dinge in seinem Buch möchten wir lieber nicht wissen. Aber er hält uns das Elend schonungslos vor Augen.



»Das Imperium der Schande« ist erschienen bei Bertelsmann, September 2005 und kostet 19,90 Euro.



